

**DDS**

Zeitschrift  
der Gewerkschaft  
Erziehung und Wissenschaft  
Landesverband Bayern

**Juli/August  
2010**

## unsozial ist illegal

- 3 Zahlen wir doch für ihre Krise?**  
von Karin Just
- 5 Sozialpolitische Irrungen und Wirrungen**  
von Michael Köhler
- 7 Jugendsozialarbeit an bayerischen Schulen – Schattenseiten eines Modells**  
von Günther Schedel-Gschwendtner
- 9 Die KMK erkennt die Verpflichtungen der UN-Behindertenrechtskonvention nicht an**  
von Dr. Brigitte Schumann
- 11 Die Verfassungsbeschwerde gegen das Bayerische Versammlungsgesetz wird fortgeführt**  
von Dr. Klaus Hahnzog und Hartmut Wächtler

## Was es sonst noch gibt

- 12 bildung anders – Rudolf Brandenstein sei Dank!**  
Jörg Nellen befragt Rudolf Brandenstein
- 14 ... aber das hat uns die kommunalen Schulen erhalten!**  
Interview mit der scheidenden Münchener Stadtschulrätin Elisabeth Weiß-Söllner
- 16 Nimmt die Sau beim Wiegen zu?**  
Eine kleine Allegorie  
von Rudi Nöth
- 17 30 Jahre Freinet-Pädagogik in Bayern – immer noch der Zeit voraus**  
von Petra Vogt
- 19 Individualisiertes Lernen in Schweden**  
von Peter Caspari

## Rubriken

- 21 Dies und Das**
- 22 Veranstaltungen**
- 23 Glückwünsche und Dank**
- 24 Kontakte**

**Liebe Kolleginnen und Kollegen, die DDS-Redaktion geht in die Sommerpause. Unsere nächste Ausgabe erscheint deshalb erst im September. Wir wünschen allen, die Urlaub haben, ein paar erholsame Wochen, allen, die noch arbeiten müssen, möglichst wenig Stress.**  
Die Redaktion

**Telefonische Sprechzeiten der GEW-Rechtsstelle mit Beratung für GEW-Mitglieder:  
Mo und Do von 13.00 - 16.00 Uhr, Tel.: 0 89-54 37 99 59  
Bitte Mitgliedsnummer bereithalten!**

Ab \_\_\_\_\_ gilt folgende Änderung (meiner Adresse, Bankverbindung, Eingruppierung, Beschäftigungsart, Teilzeit, Erziehungsurlaub, Arbeitsstelle, GEW-Funktion ...)

Name:

Mitgliedsnummer:

Änderung:

Bitte zurück an GEW Bayern, Schwanthalerstr. 64, 80336 München  
Grundsatz aller Gewerkschaften: Wer weniger verdient, zahlt weniger Beitrag (wenn es uns mitgeteilt wird!). Wer unter dem satzungsgemäßen Beitrag liegt, verliert seinen gewerkschaftlichen Rechtsschutz!

## Wichtig! Wichtig! Wichtig! Wichtig! Wichtig!

Die E-Mail-Adresse der GEW Bayern hat sich geändert:  
**info@gew-bayern.de**  
Nach dem folgenden System lassen sich alle Kolleginnen und Kollegen der GEW-Geschäftsstelle und des Landesvorstandes erreichen:  
Vorname.Nachname@gew-bayern.de  
Auch die E-Mail-Adresse der DDS-Redaktion ist nach dem neuen System gestaltet:  
Karin.Just@gew-bayern.de



**Sieben Jahre ist es her**, dass dieses vom Bundesminister für Finanzen im Rahmen einer sicher sehr teuren PR-Kampagne für die Agenda 2010 in Auftrag gegebene Plakat flächendeckend und im Großformat die Städte zierte. Unbekannte hatten es entsprechend unserer Titelseite korrigiert. Ob sie dabei an den Artikel 14 des Grundgesetzes gedacht haben, wissen wir nicht. Dort heißt es im zweiten Absatz: »Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.« Man kann nicht oft genug daran erinnern. Ebenso wie an Artikel 151, Absatz 1 der Verfassung des Freistaats Bayern: »Die gesamte wirtschaftliche Tätigkeit dient dem Gemeinwohl, insbesondere der Gewährleistung eines menschenwürdigen Daseins für alle und der allmählichen Erhöhung der Lebenshaltung aller Volksschichten.«  
Wirkt die Korrektur nicht wie ein aktueller Kommentar zum »Sparpaket« der schwarz-gelben Bundesregierung?

Karin Just

## Impressum:

DDS • Die Demokratische Schule • **Herausgeber:** Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) im DGB, Landesverband Bayern, Geschäftsstelle: Schwanthalerstr. 64, 80336 München, ☎ 0 89-5 44 08 10 • Fax: 0 89-5 38 94 87 • E-Mail: info@gew-bayern.de • www.gew-bayern.de  
**Redaktionsleiterin:** Karin Just, Kidlerstr. 41, 81371 München, ☎ 0 89-51 00 91 02 oder über die Geschäftsstelle der GEW erreichbar ☎ 0 89-5 44 08 10 • Fax: 0 89-5 38 94 87  
E-Mail: Karin.Just@gew-bayern.de

**Redaktionelle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter:** Verena Escherich, Hannes Henjes, Sabine Herzig, Michael Köhler, Petra Nalenz, Gele Neubäcker, Ute Schmitt, Schorsch Tillmann, Doro Weniger, Wolfram Witte.

**Gestaltung:** Karin Just

**Bildnachweis** (soweit nicht beim Foto berücksichtigt): Karin Just, privat

**Druck:** Druckwerk GmbH, Schwanthalerstr. 139, 80339 München, ☎ 0 89-5 02 99 94

**Anzeigenannahme:** über die Redaktionsleitung

**Anzeigenverwaltung:** Druckwerk GmbH, Schwanthalerstr. 139, 80339 München,

☎ 0 89-5 02 99 94, E-Mail: team@druckwerk-muenchen.de

Zur Zeit ist die Anzeigenpreisliste Nr. 12 vom 1.1.2003 gültig.

Mit Namen oder Namenszeichen gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung der betreffenden VerfasserInnen dar und bedeuten nicht ohne weiteres eine Stellungnahme der GEW Bayern oder der Redaktion. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Druckschriften wird keine Gewähr übernommen. Bei allen Veröffentlichungen behält sich die Redaktion Kürzungen vor. Der Bezugspreis ist für GEW-Mitglieder des Landesverbandes Bayern im Mitgliedsbeitrag inbegriffen. Der Bezugspreis für Nichtmitglieder beträgt jährlich 21,- EUR zuzüglich Porto, der Preis der Einzelnummer 2,50 EUR zzgl. Porto.

Die DDS erscheint monatlich mit Ausnahme der Monate Januar und August.

**Adressenänderung:** Ummeldungen bitte an die Landesgeschäftsstelle der GEW.

**Redaktions- und Anzeigenschluss:** jeweils am 6. des Vormonates



Sie nennen es »Sparen« und begründen dessen Notwendigkeit damit, dass »wir« seit vielen Jahren über unsere Verhältnisse leben. Der Staat gebe zu viel aus, denn die BürgerInnen wären unmäßig in ihrem Anspruchsdenken. Die »Schuldenbremse« zwingt den Staat nun aber, seine Finanzen zu sanieren. Deshalb führe kein Weg am beschlossenen »Sparpaket«<sup>1</sup> vorbei, das die Bundesregierung in einem nächtlichen »Kraftakt«, wie sie sich rühmt, beschlossen hat.<sup>2</sup>

### **Sparen oder kürzen?**

Dass diejenigen, die am meisten von den Kürzungen – so muss man korrekterweise sagen – betroffen sind, nämlich die Hartz-IV-EmpfängerInnen<sup>3</sup>, über ihre Verhältnisse gelebt haben, kann nun wirklich niemand ernsthaft behaupten. Dass sie jetzt noch die Hauptlast der Konsolidierung der Staatsfinanzen tragen sollen, ist nur noch obszön.

Die Begründung für die Kürzungen bei den Ärmsten gewinnt durch ständige Wiederholung nicht an volkswirtschaftlichem Sinn: Beschäftigungsanreize sollen geschaffen werden. Das war auch eines der Argumente, mit welchen Rot-Grün dereinst die Agenda 2010 auf den Weg brachte. Damals schrieb ich an dieser Stelle: »Hartz macht Sinn, aber nicht zu dem Zweck, der öffentlich propagiert wird. Es entstehen keine neuen Arbeitsplätze, sondern vorhandene werden in den Niedriglohnbereich gedrängt ... Hartz macht nur Sinn für den

<sup>1</sup> Nachdem in den Medien ausführlich über die einzelnen Posten dieses Pakets berichtet wurde, verzichte ich hier auf eine platzraubende Wiederholung und erwähne Einzelheiten nur, wenn es zum Verständnis des Textes nötig ist. Wer die Beschlüsse nachlesen will, findet sie unter: <http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2010/06/2010-06-07-eckpunktepapier.html>

<sup>2</sup> Der durchaus positiv besetzte Begriff »Sparen«, der bedeutet, etwas zurückzulegen, um es zu einem späteren Zeitpunkt wieder zur Verfügung zu haben, wird missbraucht, um der Bevölkerung scheinbar vernünftige Entscheidungen vorzugaukeln. Leider fehlt hier der Platz, um sich näher mit diesem und ähnlichem Bedeutungsmissbrauch auseinanderzusetzen. Das politische Vokabular der Herrschenden strotzt von solchen Vernebelungen.

<sup>3</sup> ... und damit auch jene, die trotz Vollzeitarbeit nicht von ihrem kärglichen Verdienst leben können.

Umbau einer Gesellschaft, in der die Menschen sich nicht freiwillig den Bedingungen eines entfesselten Marktes ausliefern, denn Hartz bietet die Sanktionsinstrumente, mit denen sie dazu gezwungen werden können.« (DDS Februar 2003) Hier hätte ich mich lieber geirrt.

Im Unterschied zu den Kürzungen im Sozialbereich lässt sich der Begriff des Sparens bei den relativ geringen Lasten, die den Banken auferlegt werden sollen, durchaus anwenden. Es wäre quasi ein nachträgliches Sparen für eine schon im Voraus in Anspruch genommene Leistung, nämlich die milliardenteure Rettung des Finanzmarktes durch die öffentliche Hand. Denn es wird befürchtet, dass der Bankenbeitrag nicht einmal dem Staatshaushalt zugutekommen soll, sondern in einem Fonds geparkt wird, aus dem sich die Banken während der nächsten Krise bedienen können.<sup>4</sup>

### **Wieder mal Peanuts für die Banken**

Auch ist die Größenordnung, in der die Bundesregierung den Beitrag der Banken plant, mehr als lächerlich. Während die Deutsche Bundesbank die Kosten der Finanzmarktkrise für die öffentlichen Haushalte allein für 2008 und 2009 auf 98 Milliarden Euro veranschlagt<sup>5</sup>, sollen die Banken laut Plan der Bundesregierung von 2012 bis 2014 jährlich nur 2 Milliarden Euro zur Konsolidierung des Staatshaushaltes beitragen. Alle Banken zusammen, wohlgemerkt! Dabei hat allein die Deutsche Bank für das Jahr 2009 einen Gewinn von 5 Milliarden Euro ausgewiesen.<sup>6</sup> Und während die Streichung bzw. Kürzung des Elterngeldes, die Streichung des Heizkostenzuschusses für WohngeldempfängerInnen, die Streichung des Übergangsgeldes vom ALG I zum ALG II, die Streichung der ohnehin bisher lächerlich geringen Einzahlung in

<sup>4</sup> vgl. Wirtschaftspolitische Informationen 1/2010 vom ver.di-Bundesvorstand

<sup>5</sup> so Berthold Huber in einer Rede vor dem IG-Metall-Beirat am 8. Juni 2010

<sup>6</sup> Presseinformation der Deutschen Bank vom 4. Februar 2010

die Rentenversicherung der ALG-II-BezieherInnen u. a. umgehend ab 2011 in Kraft treten, bleiben die Banken bis 2012 noch ungeschoren. Sie können hoffen, dass der Kelch ganz an ihnen vorübergeht, denn die Regierung gibt vor, beim Banken-Beitrag nur international handlungsfähig zu sein. Und nachdem das Sparpaket auch den Abbau von 15.000 Stellen von Beschäftigten des Bundes vorsieht, werden sich Banken und die ihnen nahe stehenden Institute sicher als von den Ministerien bestellte »externe Experten« noch intensiver der Gesetzgebung unseres Landes widmen können.

## Steuerpolitik zehrt Staatsfinanzen aus

Dabei haben die Banken durch ihre Geschäftspolitik nicht nur die aktuelle Krise herbeigeführt, sondern sie profitierten auch am meisten von einer Steuerpolitik, die seit 1998 die öffentlichen Haushalte zunehmend auszehrt. Angesichts der aktuellen Szenarien gerät häufig in Vergessenheit, dass mit der Steuerreform 2000 nicht nur der Einkommenssteuersatz für reiche Haushalte von 51 auf 42 Prozent abgesenkt wurde, sondern unter dem Slogan »Entflechtung der Deutschland AG« auch die Besteuerung der Gewinne beim Verkauf von Unternehmensanteilen an Kapitalgesellschaften entfiel. Deren größte Anteilseigner waren Finanzkonzerne, also Banken und Versicherungen, die sich nun ihre Veräußerungsgewinne steuerfrei einstecken konnten und sich, statt den Unternehmen Kredite zu geben – und diese möglicherweise angesichts schlechter Wirtschaftslage als uneinbringlich abschreiben zu müssen –, dem lukrativeren und risikoärmeren Geschäftsmodell des Investments zuwenden konnten. Mit den bekannten Folgen.<sup>7</sup>

Der durch Steuerrechtsänderungen verursachte Einnahmeausfall bei den öffentlichen Kassen betrug in den letzten zehn Jahren ca. 300 Milliarden Euro.<sup>8</sup> Dass die geringfügige Entlastung von Lohn- und Gehaltseinkommen dabei nur eine marginale Rolle spielen kann, zeigt die Grafik.



Viele von denen, die diese Regierung gewählt haben, weil ihnen angesichts der hohen Abgabenbelastung ihres Durchschnittsgehaltes der Slogan »Mehr Netto vom Brutto« wohlthuend in den Ohren klang, merken heute, dass sie selbst mit diesem Spruch überhaupt nicht gemeint waren. Die Zusatz-

beiträge zur Krankenversicherung sind bisher nur die Spitze des Eisbergs.

## Aber die Bildung, die bleibt! Wirklich?

Um diese WählerInnenklientel nicht ganz zu vergrätzen, trägt die Bundesregierung wie eine Monstranz das Versprechen vor sich her, Bildung und Forschung als Garanten zukünftigen Wohlstandes würden auf gar keinen Fall gekürzt werden, sondern deren Anteil am Bruttoinlandsprodukt<sup>9</sup> würde auf europäischen Standard angehoben. Zumindest darauf könnten die um die Zukunft ihrer Kinder bangenden Mittelschichten vertrauen.

Dumm ist nur, dass der Bund sich mit der Föderalismusreform die eigenen Kompetenzen beschnitten hat und die Fragen der Bildung und damit auch ihrer Finanzierung mittlerweile fast ausschließlich Ländersache sind. Da die Bundesregierung sich aber weigert, den Ländern zur Kompensation höherer Bildungsausgaben einen höheren Anteil am Mehrwertsteueraufkommen zu gewähren, weigern sich ihrerseits die Länder, ihre Bildungsausgaben zu erhöhen.

Das wenige, was in puncto Bildung in die Zuständigkeit des Bundes fällt, ist das BAföG. Dieses will die Bundesregierung auch erhöhen – um durchschnittlich 13 Euro pro Monat. Damit können SchülerInnen und Studierende, die darauf Anspruch haben, nun aber wahrlich nicht auf den Putz hauen, geschweige denn ihre Jobs an den Nagel hängen, um sich voll ihrem Studium zu widmen. Anders geht es da jenen, die in den Genuss von monatlich 300 Euro aus dem neu aufgelegten »Nationalen Stipendienprogramm« kommen. In dieses wird gemäß Plan des Bildungsministeriums fast der gesamte Betrag investiert, um welchen sich der Bildungsetat erhöhen soll. Studien zeigen, dass sich Studierende, die ein Stipendium bekommen, vorwiegend aus den gehobenen bzw. hohen sozialen Schichten der Bevölkerung rekrutieren.<sup>10</sup>

Dass auch die Steigerung der Forschungsausgaben nicht in erster Linie den wissenschaftlichen Beschäftigten der Hochschulen und deren Ausstattung mit mehr Ressourcen zugutekommt, hat die Kanzlerin wohl eher unbeabsichtigt nach dem letzten Treffen mit den Ministerpräsidenten verraten. Dort wurde sie nach einer Alternative zur abgelehnten Bürgerschaft für Opel gefragt und antwortete, »... dass Opel, wie natürlich alle anderen Automobilunternehmen, die Möglichkeit hat, auf Forschungsmittel des Bundes zuzugreifen.«<sup>11</sup>

von Karin Just  
Dipl. Sozialökonomin  
DDS-Redaktionsleiterin



<sup>7</sup> vgl. dazu: »Alles muss raus! Die Entflechtung der Deutschland AG« von Matthias Rumpf unter <http://www.dradio.de/dlf/sendungen/hiwi/367314/>

<sup>8</sup> vgl. dazu: »Reiche verschonen – Wachstum und Sozialstaat ruinieren«, Wirtschaftspolitische Informationen 1/2010 des ver.di Bundesvorstandes, unter [www.wipo.verdi.de](http://www.wipo.verdi.de)

<sup>9</sup> Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist die Summe aller innerhalb eines Jahres produzierten Waren und Dienstleistungen eines Landes. An ihm werden sowohl die Leistungsfähigkeit einer Volkswirtschaft als auch der Anteil ihrer Einzelkomponenten gemessen.

<sup>10</sup> vgl. dazu: <http://www.zeit.de/2009/40/C-Begabtenfoerderung>

<sup>11</sup> aus der Mitschrift der Pressebegegnung von Bundeskanzlerin Angela Merkel und den Ministerpräsidenten Kurt Beck und Stanislaw Tillich. Vgl.: [http://www.bundeskanzlerin.de/nm\\_683698/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2010/06/2010-06-10-bkin-mp-laender.html](http://www.bundeskanzlerin.de/nm_683698/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2010/06/2010-06-10-bkin-mp-laender.html)



Foto: Robert Michel

## Sozialpolitische Irrungen und Wirrungen

Die Europäische Union hat das Jahr 2010 zum *Europäischen Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung* ausgerufen: »Das Jahr soll das öffentliche Bewusstsein für die Situation der von Armut betroffenen Menschen schärfen und dem politischen Engagement der EU und der Mitgliedstaaten im Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung neuen Schwung verleihen. Zu den wesentlichen Zielsetzungen des Europäischen Jahres 2010 gehört ferner, den Anliegen von in Armut lebenden Menschen Gehör zu verschaffen und die europäischen Bürger sowie andere Akteure und Interessenträger für die Armutsproblematik zu sensibilisieren.

Das Jahr soll außerdem einen Beitrag zur Bekämpfung von Stereotypen leisten und die kollektiven Wahrnehmungen von Armut hinterfragen. Unter Berufung auf ihre Leitprinzipien der Solidarität und Partnerschaft ruft die EU im Jahr 2010 dazu auf, die Ursachen von Armut direkt und effektiv zu bekämpfen und damit allen Bürgern eine volle und aktive Teilhabe an der Gesellschaft zu ermöglichen.«<sup>1</sup>

Diese durchaus sinnvollen Vorschläge der EU kommen nun sehr verfremdet in der Realität der Großstadt München als Spendenaufruf der Stadtverwaltung an. Auf Pla-

katen, z. B. in S-Bahnen, ist derzeit in München zu lesen:



**Europäisches Jahr gegen Armut und soziale Ausgrenzung.**



**München gegen Armut**

**Spenden Sie Geld!**

Und weiter heißt es dort:

»Viele Münchnerinnen und Münchner engagieren sich tatkräftig – Sie wollen dies auch, es fehlt jedoch an Zeit?

Damit vor allem sozial benachteiligte Bürgerinnen und Bürger am sozialen, kulturellen und gesellschaftlichen Leben teilhaben können, bedarf es zuweilen auch zusätzlicher finanzieller Unterstützung, die nicht alleine von der Stadtverwaltung geleistet werden kann.

Was können Sie mit Ihrem finanziellen Beitrag bewirken?

- Teilnahme an Ferien- und Freizeitangeboten,

<sup>1</sup> Europäische Kommission: Beschäftigung, soziale Angelegenheiten und Chancengleichheit  
Website des Europäischen Jahres 2010:  
<http://www.2010againstopoverty.eu/?langid=de>

- Besuche im Kaffeehaus, im Theater, im Tierpark, im Museum,
- Ersetzen von kaputt gegangenen Haushaltsgeräten oder Schulranzen
- und vieles mehr.«

### Vom Rechtsanspruch zum Almosen?

Die Großstadt München hat im Jahr 2010 einen Sozialhaushalt in Höhe von 1,047 Milliarden Euro; auch der Etat des Schulreferates muss in diesem Kontext erwähnt werden: 0,782 Milliarden Euro. Angesichts dieser beachtlichen Summen überrascht diese Spendenaktion der Stadt München, die zu den reichsten Städten Deutschlands zählt. Mit der »Spendenbüchse« soll bei den Münchnerinnen und Münchnern Geld gesammelt werden, um sozial benachteiligte Bürgerinnen und Bürger finanziell zu unterstützen, wenn es beispielsweise um das Ersetzen kaputt gegangener Schulranzen oder einen Besuch im Tierpark geht.

Was sollen sich BezieherInnen von Sozialtransferleistungen denken, wenn sie mit solchen Plakaten der Spendenaufrufe konfrontiert werden? Müssen sie sich nicht von StaatsbürgerInnen mit Rechtsansprüchen nach den Sozialgesetzbüchern zu AlmosenempfängerInnen degradiert fühlen?

### Bewusstsein schärfen, nicht Spenden sammeln

Die Intention der EU war eine deutlich andere, nämlich »das öffentliche Bewusstsein für die Situation der von Armut betroffenen Menschen zu schärfen und dem politischen Engagement ... im Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung neuen Schwung zu verleihen [und] die Ursachen von Armut direkt und effektiv zu bekämpfen.«

Die EU sieht in ihrem Konzept vor, dass »landesweite und örtliche Veranstaltungen und Aktivitäten statt (finden sollen), darunter Kampagnen zur Bewusstseinsförderung, Workshops und Informationsseminare in Schulen. Eigens produzierte Filme, Zeitschriften und andere Materialien sollen Betroffene über ihre Rechte und Möglichkeiten informieren und den Bürgern vor Augen führen, wie sich Armut und Ausgrenzung auf ihre Sozialgemeinschaften auswirken.«

Die Wohlfahrtsverbände und diverse soziale Initiativen wie beispielsweise Refugio München, ein Beratungs- und Behandlungszentrum für Flüchtlinge und Folteropfer, oder die Initiativgruppe Interkulturelle Bildung und Begegnung e. V. verfügen nicht über die kommunalpolitischen Handlungskompetenzen der Stadt München. Sie können ihre Finanzierung nicht über das Festlegen von Gewerbesteuerhebesätzen oder das Festsetzen von Gebührensatzungen steuern. Die Spendenaktionen der Wohlfahrtsverbände und sozialer Initiativen sind deshalb für diese notwendige Finanzierungsformen.

Wenn die Landeshauptstadt München nun ausgerechnet im Rahmen des EU-Jahres zur Bekämpfung von Armut

mit Spendenaktionen der Wohlfahrtsverbände und Initiativen konkurriert, so kann dies nur als Verirrung bezeichnet werden: Intelligente Sozialpolitik sieht anders aus!

### Zurück zur Mildtätigkeit feudaler Zeiten?

Der Spendenaufruf des Sozialreferates der Landeshauptstadt München erinnert zudem fatal an die Debatte um Grundfragen der Gerechtigkeit und Solidarität, die im Herbst letzten Jahres durch den Philosophen Peter Sloterdijk initiiert wurde. Die Berliner Zeitung zitierte Sloterdijks Gegenvorschlag zum derzeitigen System der sozialen Sicherung: »An die Stelle des durch Steuern finanzierten Sozialstaates solle die freiwillige Mildtätigkeit der Wohltätigen treten. Diese ›Revolution der gebenden Hand‹ will die ›Zwangssteuern‹ in freiwillige ›Geschenke an die Allgemeinheit‹ umwandeln.«<sup>4</sup> Die Berliner Zeitung weist darauf hin, dass Sloterdijk nichts darüber sagt, »wie diese Freiwilligkeit institutionell abgesichert werden könnte, nichts darüber, dass Schenkungen dieser Art auf quasi-feudalistische Verhältnisse hinauslaufen.«<sup>5</sup>

Für den Münchner Spendenaufruf ist festzuhalten: Das Gegenteil von gut ist »gut gemeint«!

<sup>4</sup> Berliner Zeitung vom 26.10.2009

<sup>5</sup> ebd.

von Michael Köhler  
Mitglied der DDS-Redaktion



## 9. Juni 2010 Bundesweiter Bildungsstreik hier: Regensburg



Kurzbericht und Foto:  
Anna Forstner

Die FOS/BOS Regensburg platzt aus allen Nähten, die Bedingungen sind nicht tragbar – über zwei (demnächst drei) Standorte verteilt, mit Asbest verseucht und an einer vielbefahrenen Straße liegend. Aber die Stadt hat einen Neubau angesichts der Finanzkrise noch mal aufgeschoben ... Die GEW unterstützt das Anliegen der SchülerInnen, LehrerInnen und Eltern immer wieder. Christine Salger, Lehrerin an der dortigen Schule, und Evi Mittenzwei, die PR-Vorsitzende, sind beide GEW-Mitglieder. An der Regensburger Demo zum Bildungsstreik beteiligten sich aus diesen und anderen Gründen ca. 100 SchülerInnen der FOS/BOS.

(siehe auch die Kurzinfos auf Seite 8 aus Nürnberg und Seite 10 aus München)

# Jugendsozialarbeit an bayerischen Schulen – Schattenseiten eines Modells

Gäbe es ein Urheberrecht im sozialen Bereich, dann reklamierte es das Bayerische Sozialministerium für sein Modellprojekt »Jugendsozialarbeit an Schulen« (JaS), das seit 2002 zunehmend einem Teil der bayerischen Schulen angedient wird, eine Meisterleistung in Eigenlob und Public Relations!

Der vielgerühmte Ausbau der JaS ist jedoch eher eine verspätete, billige und wenig bedarfsgerechte Maßnahme. Weder bekommt jede Schule eine Stelle, noch kommen jede Schülerin und jeder Schüler in Bayern in den Genuss des Angebots. Bei den bayernweit mittlerweile ca. 400 Stellen an 600 Schulen handelt es sich keinesfalls immer um Vollzeitstellen. Eine ganze Stelle gibt es z. B. erst für Hauptschulen mit mehr als 400 SchülerInnen.

## Gefährdung der Schulsozialarbeit

Das Modell Jugendsozialarbeit in Bayern ist dabei, die wie im Rest der Republik auch in Bayern praktizierte Schulsozialarbeit zu verdrängen. Es ignoriert die Tatsache, dass bereits seit den 70er-Jahren des letzten Jahrhunderts, also lange vor der JaS-Förderung durch den Freistaat, vorwiegend von großen Kommunen wie München, Nürnberg und Augsburg ca. 100 Stellen für Schulsozialarbeit geschaffen worden waren, die weiterhin ohne staatlichen Zuschuss, aber mit fachlich qualifiziertem Profil existieren. Daneben sind SozialpädagogInnen auch in sogenannten Praxisklassen (aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds) und einzelnen Projekten der Jugendarbeit an ganztägigen Schulen tätig – ebenso ohne staatliche Förderung.

Durch sein Förderverhalten übt der Staat Druck auf die besser ausgestatteten Maßnahmen der Kommunen aus und beeinflusst negativ die fachlichen Standards der Schulsozialpädagogik sowie eine bedarfsdeckende Jugendhilfeplanung.

## Ein reduziertes und wenig präventives Angebot

Das Konzept Jugendsozialarbeit an Schulen ist ausdrücklich auf § 13 SGB VIII (Kinder- und Jugendhilfegesetz), auf sogenannte Benachteiligte reduziert und von daher kein Angebot an alle Schülerinnen und Schüler. Häufig werden die SozialpädagogInnen an zwei Schulen eingesetzt, sodass ihr Einsatz oft nur »Feuerwehrfunktion« hat und eine nachhaltige, ganzheitliche und präventive Arbeit nicht möglich ist.

Schulsozialarbeit, wie sie bisher praktiziert wurde, wendet sich hingegen prinzipiell an alle SchülerInnen einer Schu-



Das bayerische Modell:  
Ist zwar billig, hat aber kaum  
Ähnlichkeit mit dem Original.

Foto: Robert Michel

le und an alle Schularten. Ihre gesetzliche Grundlage ist mit § 13 sowohl die »Jugendsozialarbeit«, die soziale Benachteiligungen ausgleichen soll, als auch mit § 11 SGB VIII die »Jugendarbeit«, deren Aufgabe die Förderung *aller* Kinder und Jugendlichen ist.

## Der fachlich begründete Bedarf wird nicht gedeckt

Die Förderkriterien enthalten zwar sozialstatistische Bezüge wie z. B. den MigrantInnenanteil, es besteht jedoch in allen Fällen Unterdeckung. Weder kann die sozialpädagogische Fachkraft im Falle von Krankheit, Fortbildung etc. vertreten werden, noch gibt es männliche *und* weibliche Fachkräfte gleichzeitig, was für die sozialpädagogische Arbeit an Schulen dringend erforderlich wäre. Durch die Beschwörung des eigenen Fördermodells und die prekäre kommunale Finanzlage wird indes der wahre Bedarf an Schulsozi-

arbeit verschleiert. Aus fachlicher Sicht wären eine volle bzw. zwei halbe Stellen für 150 Kinder/Jugendliche erforderlich und angemessen.

Das Modell JaS war ursprünglich auf Hauptschulen und die vergleichbaren Klassen der Förderzentren beschränkt. Grundschulen, die Grundstufe der Förderzentren und weiterführende Schulen waren explizit ausgeschlossen. Es beginnt erst jetzt ein Umdenken, sodass Grundschulen mit bestimmten Sozialindikatoren auch gefördert werden können. Möglicherweise soll dies ab Herbst 2010 in Ausnahmefällen auch für Realschulen gelten.

Für die wenigen echten öffentlichen Ganztagschulen (-züge) ist JaS kein Angebot, auch wenn die SozialpädagogInnen dort dringend benötigt würden.

### Unsichere Arbeitsbedingungen

Eine JaS-Vollzeitstelle wird jährlich mit höchstens 16.360 EUR bezuschusst und ist damit deutlich unterfinanziert. Die staatliche Förderung berechnet sich aus 40 % einer TV-L-Vergütung bei einer Wochenarbeitszeit von 40,1 Stunden. Träger, die den TVöD anwenden, müssen mindestens weitere 5 bis 10 % der Personalkosten selbst tragen. Angesichts der prekären Finanzsituation vieler Träger führt dies immer wieder zu sehr unsicheren Arbeitsbedingungen bzw. kontraproduktiven Befristungen. Nicht tarifgebundene Träger haben durch den geringen Zuschuss einen erheblichen Spielraum, mit den Gehältern nach unten abzuweichen.

Auch wenn die JugendsozialarbeiterInnen nicht beim Schulträger angestellt sind, ist die Hierarchie der Schule oft maßgebend für ihre Arbeitsbedingungen. Wegen mangelnder Kenntnisse über schulische Belange können etliche Freie Träger und Kommunen ihre Fachaufsicht nicht qualifiziert ausüben. So kann es passieren, dass eine sozialpädagogische Fachkraft ihre Stelle verliert, wenn es die Schulleitung so will. Aus demselben Grund fehlen oft fachlich produktive arbeitszeitliche Regelungen zu Ferienüberhang, Verfügungs- und Präsenzzeiten etc.

### Beeinträchtigung einer systematischen Jugendhilfeplanung

Durch die staatlich vorgegebenen Richtlinien für JaS werden die Kommunen in der Entwicklung eigener spezifischer Bedarfskriterien für Schulsozialarbeit behindert. Das JaS-Modell schließt eine Förderung aus, wenn an einer Schule schon eine anderweitig finanzierte schulsozialpädagogische Fachkraft eingesetzt ist. Man müsste die Stelle erst vakant machen, also eine Lücke schaffen, bevor man wieder förderfähig wird.

Diese Praxis ist bereits an einigen Schulen zu beobachten: In Nürnberg wurden beispielsweise mitten im Schuljahr vier SchulsozialarbeiterInnen aus ihren von Jugendhilfe- und Schulplanung der Stadt eingerichteten Arbeitsplätzen herauskatapultiert, um vom Staat bezuschusste JaS-Stellen besetzen zu können. Trotz erheblicher öffentlicher Proteste konnte nur ein Bruchteil einer Stelle gerettet werden, die nun von einer städtischen Wohnungsbaugesellschaft befristet finanziert wird.

Anstatt also die staatliche Finanzierung aus eigenen Mitteln sinnvoll und bedarfsgerecht zu ergänzen, nutzen die finanziell ausgebluteten bayerischen Kommunen das JaS-Modell, um Kosten einzusparen.

Nicht zuletzt soll durch das Modell kaschiert werden, dass das bayerische Selektionssystem Schule selbst Mitversucher der Symptome ist, die eine vor allem von Kommunen finanzierte Sozialarbeit dann kurieren soll. Durch das mangelhafte staatliche Fördermodell wird der Eindrucks rastloser Aktivität erweckt, gleichzeitig werden auf dem Rücken der Betroffenen Kosten gespart und Standards abgesenkt.

Leider hat sich die Fachöffentlichkeit bisher viel zu wenig mit den Schattenseiten des bayerischen Modells befasst.

**von Günther Schedel-Gschwendtner**

ehemaliger Leiter des Sozialpädagogischen Büros der GEW Bayern



## 9. Juni 2010: Bundesweiter Bildungstreik, hier: Nürnberg

Die Auftaktdemo am Mittwoch war trotz der Hitze mit ca. 800 TeilnehmerInnen gut besucht. Angebotene Workshops wurden allerdings angesichts der hochsommerlichen Temperaturen auf den Abend verschoben.

JugendvertreterInnen von IGM und ver.di boten dann am Stand der DGB-Jugend einen Workshop über Rechte und Pflichten von Azubis an, der sehr nachgefragt wurde. Die TeilnehmerInnen bedankten sich für die gelungene Information und liebten den Workshop trotz des heißen Wetters und sichtbarer Entspannung im Rest des Camps über zwei Stunden andauern. Auch die Rede unseres GEW-Kollegen Jonas Lanig auf der Abschlussdemo am Donnerstag



Workshop von IGM und ver.di

wurde enthusiastisch beklatscht. Ihm gelang es, sowohl die Kritik am Bildungssystem als auch die GEW-Forderungen in einer Weise darzustellen, die seinen ZuhörerInnen entsprach und gefiel.



Kurzbericht und Fotos: Sanne Roth



Foto: imago/imagebroker

## Die KMK erkennt die Verpflichtungen der UN-Behindertenrechtskonvention nicht an

Was zu befürchten war, ist eingetreten. Die KultusministerInnen beabsichtigen, sich auf den denkbar kleinsten gemeinsamen Nenner zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention (BRK) zu einigen. Dabei haben sich diejenigen Länder durchsetzen können, die besonders starr an der Separation von Kindern mit Behinderungen festhalten. Allen voran das Land Sachsen, das 6,9 % seiner Schülerinnen und Schüler in Förderschulen exkludiert und damit über der bundesdeutschen Exklusionsquote von 4,9 % liegt. Ein entsprechendes Diskussionspapier ist am 29. April auf der Ebene der StaatssekretäreInnen einstimmig verabschiedet worden. Es soll am 21. Juni auf der Fachkonferenz der KMK in Bremen durch die KultusministerInnen abgesegnet werden. *(Aufgrund des früheren Drucktermins dieser DDS können wir hier leider noch nicht auf das Ergebnis der Fachkonferenz der KMK verweisen; die Redaktion)*

### Bestenfalls alles nur Rhetorik

Die vorgegebene Linie ist ein fauler Kompromiss, der auf der ebenso selbstgefälligen wie scheinheiligen Behauptung beruht, dass die deutsche Rechtslage grundsätzlich den Anforderungen des Übereinkommens entspreche. Die Auslegung der rechtlichen und pädagogischen Aspekte erfolgt in konventionswidriger Weise. Darüber kann auch die Inklusionsrhetorik nicht hinwegtäuschen. Reformresistente Bundesländer erhalten die Möglichkeit, abgesehen von einigen kosmetischen Korrekturen im Wesentlichen alles so zu belassen, wie es ist. Man erinnere sich z. B. an den bayerischen Kultusminister Spaenle, der verlautbaren ließ, er werde sich »mit aller Kraft gegen die Aufgabe der Förderschulen zugunsten eines inklusiven Schulsystems stemmen«.

Wenn das gilt, was angedacht ist, dann muss er sich um das Förderschulsystem in Bayern keine Sorgen machen.

Die völkerrechtlich verbindliche Staatenverpflichtung der Konvention ist eindeutig: Sie verlangt von den Bundesländern, ihr gegenwärtig auf Selektion basierendes Schulwesen sukzessive, aber flächendeckend zu einem System weiterzuentwickeln, das grundsätzlich das gemeinsame Leben und Lernen von Kindern mit und ohne Behinderung zulässt. Besonderer Nachdruck kommt dieser Verpflichtung durch die Festlegung zu, dass die Verweigerung des inklusiven Unterrichts an der Regelschule im Einzelfall eine Diskriminierung darstellt. Die KMK formuliert aber als Ziel gerade nicht die vollständige Inklusion, sondern schreibt ein duales System aus erweiterten inklusiven Angeboten und dem Förderschulsystem in all seinen bestehenden Erscheinungsformen fest.

In der Lesart der KMK wird die Staatenverpflichtung heruntergespielt zu einem unverbindlichen »Impuls für weitere Entwicklungsprozesse«. Mit der Feststellung, dass die Umsetzung »nicht innerhalb eines kurzen Zeitraums erreicht werden kann und dass eine Konkurrenz zu gleichrangigen staatlichen Aufgaben besteht«, werden seitens der KMK Vorbehalte gegenüber der Realisierung geltend gemacht, die in dieser Allgemeinheit unzulässig sind. Die BRK schreibt nämlich ausdrücklich die volle Verwirklichung des Rechts auf Bildung unter Ausschöpfung aller verfügbaren Maßnahmen vor.

Ein Ausbau der gemeinsamen Lernmöglichkeiten im allgemeinen Schulsystem mit angemessenen Vorkehrungen wird in Aussicht gestellt, ohne dass die strukturelle Gliederung problematisiert wird. Der sattsam bekannte Standpunkt wird wiederholt, dass die UN-Konvention keine Aussagen

zur Gliederung enthält und keine diesbezüglichen Vorgaben macht. Verschwiegen wird, dass die BRK an ein Konzept von inklusiver Bildung anknüpft, das durch die UNESCO längst definiert und international auf Weltkonferenzen anerkannt worden ist, und zwar im Sinne einer Schule für alle Kinder.

Besonders folgenreich für die betroffenen Kinder und deren Eltern wirkt sich die Tatsache aus, dass die KMK einen unmittelbar aus der BRK ableitbaren subjektiven Rechtsanspruch auf diskriminierungsfreien Zugang zum allgemeinen Schulsystem mit angemessenen Vorkehrungen im Einzelfall nicht anerkennt. »Subjektive Rechtsansprüche werden erst durch gesetzgeberische Umsetzungsakte begründet«, heißt es in dem Diskussionspapier. Eine landesrechtliche Einklagbarkeit muss also erst geschaffen werden und hängt somit von dem bildungspolitischen Willen der jeweiligen Landesgesetzgeber ab.

### Elternwahlrecht als Auslegungssache

Das vielfach politisch angekündigte Elternwahlrecht bei der Förderortentscheidung gilt keinesfalls bedingungslos. Zwar soll der Elternwunsch eingehend geprüft werden, aber es obliegt den Ländern, die Verfahrensregeln für die Förderortentscheidung und damit über die bestmögliche Bildung von Kindern festzulegen. Wie restriktiv oder wie großzügig

das Elternwahlrecht ausgelegt wird, ist demnach Ländersache.

Während die Konvention feststellt, dass gemeinsames Lernen dem Kindeswohl grundsätzlich entspricht und ein inklusives Schulsystem gewährleistet sein muss, damit das Recht auf Bildung von Menschen mit Behinderungen ohne Diskriminierung und auf der Basis von Chancengleichheit gesichert ist, geht die KMK von einem potenziellen Spannungsverhältnis zwischen dem Kindeswohl und dem gemeinsamen Lernen aus und begründet damit sowohl das Förderschulsystem als auch staatliche Interventionsrechte bei der Wahl des Förderortes.

Das letzte Wort ist auch nach Verabschiedung des Papiers in der KMK nicht gesprochen. Die gute Nachricht ist nämlich, dass die tatsächlichen Schulgesetze zur Umsetzung der BRK in den Ländern gemacht werden. Das eröffnet den landespolitischen Handlungsträgern die Möglichkeit, dort jeweils für eine konventionskonforme Umsetzung zu sorgen. Den zivilgesellschaftlichen Kräften gibt es die Möglichkeit, eine solche Umsetzung auf Landesebene politisch und rechtlich zu erstreiten.

von Dr. Brigitte Schumann

Bildungsjournalistin  
ifenic@aol.com



## 9. Juni 2010: Bundesweiter Bildungstreik, hier: München



Während der ganzen Woche veranstalteten in München auf dem Geschwister-Scholl-Platz Studierende an den Münchner Universitäten ein Bildungscamp. Eine Vielzahl unterschiedlichster Veranstaltungen – bildungspolitische, hochschulpolitische, allgemein politische und kreative – wurden in der Zeltstadt angeboten. Auch die Gruppe Hochschule und Forschung der GEW München und der AK Gewerkschaften waren mit diversen eigenen Veranstaltungen im Gewerkschaftszelt vertreten.

Bevor sich am Mittwoch alle zur Demonstration rund um das Univiertel formierten, wiesen noch eine Reihe von Rednerinnen und Rednern auf die Anliegen der Protestierenden hin bzw. bezeugten ihre Solidarität mit den Forderungen der SchülerInnen und StudentInnen. An diesem Tag ging es dabei vorwiegend um freie Bildung für alle im Rahmen eines nicht gegliederten Schulsystems und um die Frage studentischer Mitbestimmung, also um die Demokratie an der Hochschule.

Neben den OrganisatorInnen des Protestes sprachen zum Demo-Auftakt Prof. Nida-Rümelin, zwei SchülerInnen und unser Kollege Constantin Dietl-Dinev (Fotos unten von links nach rechts).

Neben den OrganisatorInnen des Protestes sprachen zum Demo-Auftakt Prof. Nida-Rümelin, zwei SchülerInnen und unser Kollege Constantin Dietl-Dinev (Fotos unten von links nach rechts).



Kurzbericht und



# Die Verfassungsbeschwerde gegen das Bayerische Versammlungsgesetz wird fortgeführt

Das vielfältig geänderte Bayerische Versammlungsgesetz tritt am 01.06.2010 in Kraft. Obwohl erst am 22.07.2008 von der damaligen absoluten CSU-Mehrheit beschlossen, hat es schon eine bewegte Geschichte.

Nach dem Erlass dieses für das Funktionieren einer Demokratie äußerst wichtigen Gesetzes erhoben wir noch im Herbst 2008 in Karlsruhe Verfassungsbeschwerde im Namen von:

1. DGB Bayern
2. Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft ver.di Landesverband Bayern
3. Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft GEW Bayern
4. Bund Naturschutz in Bayern e. V.
5. Paritätischer Wohlfahrtsverband Landesverband Bayern
6. Bayerischer Journalistenverband e. V. (BJV)
7. Humanistische Union Bayern
8. Sozialdemokratische Partei Deutschland SPD Landesverband Bayern
9. Bündnis 90/Die Grünen Landesverband Bayern
10. Freie Demokratische Partei FDP Landesverband Bayern
11. Die Linken Landesverband Bayern
12. Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung
13. Attac München

## Verstoß gegen das Grundgesetz

Wir rügten die bürokratische und schikanöse Behinderung dieses zentralen Grundrechts sowie den staatlichen Kontrollwahn, der in dem Gesetz zum Ausdruck kam. Überraschend schnell entschied das Bundesverfassungsgericht am 17.02.2009 in einer gleichzeitig von uns beantragten einstweiligen Anordnung, dass zahlreiche Vorschriften des neuen Gesetzes gegen Art. 8 (Versammlungsfreiheit) des Grundgesetzes verstoßen und setzte sie einstweilen außer Kraft. Gegen weitere Vorschriften wurden vom Gericht deutliche Vorbehalte geäußert, die Entscheidung jedoch bis zur Verhandlung über die Hauptsache zurückgestellt.

Nach der Niederlage der CSU bei der Landtagswahl 2008 brachte die neue Regierungskoalition aus CSU und FDP eine Neufassung des Gesetzes ein, die jetzt verabschiedet wurde.

Sie entschärft unter Druck der Verfassungsbeschwerde besonders schikanöse und unbestimmte Vorschriften des alten Gesetzes, versucht, der staatlichen Kontroll- und Datensammelwut Grenzen zu setzen und entkriminalisiert harmloses Handeln von DemonstrantInnen, das gegen Ordnungsvorschriften verstößt und bisher als Straftat verfolgt wurde. Damit wurden viele Forderungen des Bündnisses gegen das Gesetz von 2008 erfüllt.

Die Beschwerdeführer der Verfassungsbeschwerde von 2008 haben jedoch gemeinschaftlich – offen ist nur noch die FDP – beschlossen, ihre Beschwerde weiterzuverfolgen.

## Gründe für das Weiterverfolgen

Dr. Klaus Hahnzog und Hartmut Wächtler argumentieren: *»Es geht um die Freiheit der selbstbewussten Bürger, die mehr denn je auf die »Pressefreiheit des kleinen Mannes« angewiesen sind. Die in Art. 8 des Grundgesetzes garantierte Versammlungsfreiheit ist für unsere Demokratie »schlechthin konstituierend.«*

Folgende Gründe sprechen für die Weiterverfolgung des Angriffs auf jetzt noch gültige Vorschriften:

- Auch das neue Gesetz von 2010 regelt viele Sachverhalte übermäßig und richtet bürokratische Hürden für den Bürger und die Bürgerin auf, die friedlich ihr Grundrecht ausüben wollen: Eine Versammlung soll ab zwei Personen vorliegen mit der Folge einer Vielzahl von Anzeige- und Meldepflichten für die Veranstalter, selbst wenn keinerlei Gefahren von der Mini-Versammlung ausgehen; auch werden Versammlungen in geschlossenen Räumen jetzt nahezu den gleichen Beschränkungen unterworfen wie solche unter freiem Himmel.
- Die neuen Anzeige- und Meldepflichten gelten dem Wortlaut nach auch für Arbeitskämpfe und Streikposten, soweit die Öffentlichkeit z. B. durch Transparente und Flugblätter informiert wird; es besteht die Gefahr, dass der Staat in diese Tarifauseinandersetzungen hineingezogen und der notwendige Überraschungseffekt von Warnstreiks hinfällig wird.
- Zwar soll der Staat nicht mehr heimlich mithören und filmen dürfen, aber

auch offenes Abhören und Filmen von Versammlungen schüchtern ein. Wir fordern deshalb eine Beschränkung der Datensammlung auf Fälle, in denen tatsächlich Straftaten verübt werden, und nicht auf Vorrat, außerdem ein Recht der Betroffenen auf Einsicht und die Eröffnung eines Klageweges.

- Die unsinnig ausgedehnten Vorschriften gegen das Mitführen von sogenannten »Schutzwaffen« wie bestimmte Kleidungsstücke und mögliche »Verummungen« wie Schals und Sonnenbrillen sind auf ein vernünftiges Maß zurückzuführen. Auch in ihrer jetzigen Fassung sind sie oft genug Vorwand, anreisende DemonstrantInnen stundenlang festzuhalten und am Ausüben ihres Grundrechts zu hindern.
- Das auch aus Sicht von hohen PolizeibeamtInnen schwammige »Militanzverbot« ermöglicht weiterhin den Erlass von Beschränkungen und Verboten.

## Grundsätzliche Fragen müssen geklärt werden

Darüber hinaus erwarten die Beschwerdeführer von der Fortsetzung des Verfahrens eine Klärung von grundsätzlichen Fragen des Verhältnisses von Versammlungsfreiheit und staatlicher Sicherheitspolitik, auch soweit Vorschriften jetzt geändert oder aufgehoben wurden. Das Rechtsschutzinteresse besteht fort. Zum einen würde die CSU gerne zum alten Stand zurückkehren. Zum anderen war Bayern nur das erste Bundesland, das ein neues Versammlungsgesetz vorlegte, andere Länder wie Baden-Württemberg und Niedersachsen folgen. Wie deren Entwürfe zeigen, besteht durchaus die Gefahr, dass die bayerischen Fehler dort wiederholt werden. Immer noch im Raum steht auch ein 2006 in Hinblick auf die Föderalismusreform vom Bundesinnenminister gefertigter Vorentwurf für die Länder. Auch deshalb ist es wichtig, das begonnene Verfahren in Karlsruhe fortzusetzen.

München, den 31.05.2010

Presseerklärung der Rechtsanwälte  
Dr. Klaus Hahnzog  
Hartmut Wächtler

Zum Schuljahresende verlässt Rudolf Brandenstein den aktiven Dienst. Ein GEWler der ersten Stunde in Unterfranken, ist er als Personalrat, Kollege und Gründer der erfolgreichsten bayerischen Kongressreihe »bildung anders« ein Vorbild ohne Beispiel.

Jörg Nellen hat ihm für die DDS zum Abschied einige Fragen gestellt.

**DDS:** Rudolf, du bist seit 35 Jahren Hauptschullehrer und seit 1976 in der GEW. Was verbindet dich mit der GEW Bayern?

**Rudolf Brandenstein:** 1976 war die GEW ein streitbarer Haufen, dessen Weltanschauung mir einfach passte. Mich reizt bis heute die Möglichkeit mitzumachen, mit zu gestalten. Und die Menschen in der GEW Würzburg waren und sind mir wichtig: Die damalige Vorsitzende Marianne Wintergerst und Heinz Kociubski, der mich in die GEW holte. Wir Kolleginnen und Kollegen treffen uns seit 1976 zu einem Stammtisch, der wohl das älteste GEW-Gremium im Kreisverband ist.

*Legendär ist deine Arbeit für den örtlichen wie den Bezirkspersonalrat.*

1984 habe ich mir mit Walter Bausenwein die erste Sitzungsperiode geteilt, denn unser Wahlergebnis war bis auf eine Stimme gleich. Seitdem machte es mir einfach Spaß, mich mit den Vertreterinnen und Vertretern der anderen Verbände und mit der Schulaufsicht auseinanderzusetzen. Da sind oft die Fetzen geflogen. Aber ich konnte mit gewerkschaftlichen Argumenten auch einige Abstimmungs-mehrheiten herbeiführen.

*Für welche Anliegen hast du dich in den Personalräten starkgemacht?*

Als GEW-Personalrat wird man sehr oft angerufen. Die Kolleginnen und Kollegen wissen, dass wir, im Gegensatz zu manchem anderen, den Personalrat nicht als erste Stufe auf der Karriereleiter benutzen. Das waren meist Kolleginnen oder Kollegen, die von Versetzungen bedroht, mit gesundheitlichen Problemen belastet oder einfach in irgendeiner Art dienstlicher Not steckten. Manchmal konnte ich helfen. Ich habe an Hunderten von Personalversammlungen teilgenommen und dort einiges klargestellt, was die Verbandsvertreter so vortrugen. Da gab's für eine Richtigstellung ab und zu schon mal Applaus.

*Was empfehlst du für eine erfolgreiche Personalratsarbeit?*

Fundamentalopposition taugt nicht. Man muss nachhaltig arbeiten, um ernst genommen zu werden. Wenn der

Im Jahre 2005 holte Rudolf Brandenstein Jens Großpietsch, den Schulleiter der Heinrich-von-Stephan-Schule Berlin, nach Unterfranken, wo dieser vom »Wunder von Moabit« berichtete und aufzeigte, wie aus einer integrierten Haupt- und Realschule, einer Katastrophenschule im Berliner Kiez, eine Vorzeigeschule wurde.



Gegner etwas behauptet, was du für zweifelhaft hältst, hilft die Frage: »Wo steht das?« Da klärt sich Vieles von selber. Natürlich muss man kompetent auftreten. Da hilft der GEW-Personalratsverteiler sehr, genauso wichtig sind aber die richtige Einstellung und viel Mut. Frustration habe ich selten erlebt, denn wenn man für eine Sache kämpft, geht's einem besser. Sorgen mache ich mir um den Nachwuchs. Wir bekommen ja kaum noch die Listen für die nächsten PR-Wahlen 2011 besetzt.

*Als Hauptschullehrer hast du ganze Generationen geprägt.*

Ja, die Schülerinnen und Schüler waren mir immer wichtig. Es ist einfach Wahnsinn, was Jugendliche zustande bringen

gen, wenn man sie nur lässt, wenn man ihnen etwas zutraut, ihnen Verantwortung überträgt: für sich, für ihr Lernen, ihr Verhalten und für ein gemeinsames Projekt.

*Deine Schülerfirmen haben stets tolle Ergebnisse gezeitigt.*

Es war schon faszinierend zu beobachten, wie Jugendliche Lernmaterial herstellten, bewarben, vertrieben und bilanzierten. Und sie haben ganze Bildungskongresse selbstständig bewirtschaftet, an Samstagen! In unserer Jugend steckt etwas, was das herkömmliche Schulsystem mit herkömmlichen Unterrichtsmethoden einfach nicht herausholt.

*Du wolltest immer dazu beitragen, dass Schule und Bildung auch anders geht.*

Irgendwann sah ich, dass »Schule halten«, wie wir's gelernt haben, nicht reicht. Hildegard Wagner-Koch hat mich zu einer Tagung der Freinet-Initiative auf die Burg Rothenfels mitgenommen. Und da ist mir ein Licht aufgegangen! 1991 haben wir erstmals dann „Schule anders“ zu Freiarbeit gemacht. Seitdem habe ich viel mehr Spaß am Unterricht gehabt als früher. Und meine Schülerinnen und Schüler auch. Stolz bin ich, dass der leider schon verstorbene Willy Potthof zu uns nach Sommerhausen kam. Er ist meine Offenbarung für offenen Unterricht. Höhepunkte waren auch unsere Bildungsfahrten nach Köln und Berlin sowie die GEW-Segeltörns auf Nord- und Ostsee. Unsere Fortbildungsreihe »bildung anders« läuft jetzt erfolgreich im zwanzigsten Jahr!

*Wo siehst du die Schule in der Zukunft?*

Die Hauptschule wird auch als Mittelschule keine Zukunft haben. Neben dem Gymnasium wird es eine Schule geben, die auch nicht gut ist. Man kann nur im Sinne der Kinder hoffen, dass unsere unfassbar schlechten Bildungspolitikern den Karren bald an die Wand fahren. Mein Traum wäre eine Schule für alle Kinder, in der sie von 8 Uhr bis 16



Wir wissen, dass Rudolf sich auf die Zeit als Skipper freut, wobei er meistens doch aktiver ist, als es auf diesem Foto scheint. Auch die DDS-Redaktion wünscht ihm viele schöne Stunden auf See und sagt ein großes Dankeschön für die großartige Arbeit, die er für die GEW geleistet hat.  
Foto: Norbert Rüttinger

Uhr lernen und leben können und in der sie, wenn sie schlau sind, Abitur machen. Der Geldbeutel der Eltern darf nicht für ewige Zeiten die Voraussetzung für gute Bildung bleiben.

*Lieber Rudolf, danke für das Gespräch und alles Gute für dich und deine Familie.*



**Der GEW-Kreisverband Würzburg lädt ein zum**

## **Sommerfest 2010 am Samstag, den 24. Juli**

Wir treffen uns an der Kirchenburg in Mönchsodheim, nehmen an einer Führung durch das Kirchenburgmuseum teil und spazieren zur Nierenmühle, wo wir das Schuljahr bei einer Brotzeit ausklingen lassen. Bitte nehmt Euch die Zeit!

Treffpunkt: 14.45 Uhr  
Mönchsodheim,  
An der Kirchenburg 5

Führung: 15.00 Uhr - 16.30 Uhr  
Kirchenburgmuseum  
[www.kirchenburgmuseum.de](http://www.kirchenburgmuseum.de)

Ausklang: Spaziergang zur Nierenmühle (30 Min.) [www.nierenmuehle.de](http://www.nierenmuehle.de)  
Anmeldung: Rudolf Brandenstein, [gew@brandenstein.de](mailto:gew@brandenstein.de)



# ... aber das hat uns die kommunalen Schulen erhalten!

## Interview mit der scheidenden Münchener Stadtschulrätin Elisabeth Weiß-Söllner

Eine GEW-Kollegin in einem für Bayern ungewöhnlich hohen Amt geht in den Ruhestand. Elisabeth Weiß-Söllner war von 1993 bis 2010 Stadtschulrätin in München. Sie hat 1974 nach ihrem Referendariat an der Städtischen Berufsschule für Versicherungskaufleute angefangen, war dann Leiterin der Berufsschule für das Metzgerhandwerk, danach Leiterin der »Gastro-Berufsschule« und für drei Monate Leiterin der Fachabteilung 1 im Schulreferat der Stadt München.

Barbara Schreyögg und Schorsch Tillmann haben sie für die DDS zu ihrer Zeit als Stadtschulrätin befragt.

**DDS:** Bevor du Stadtschulrätin wurdest, warst du aktiv in der GEW. Was konntest du aus den Erfahrungen dieser Zeit an der Schule und in der GEW in dein Amt als Stadtschulrätin retten? Welche Grundüberzeugungen der GEW würdest du dabei als Einfluss gebend ansehen?

**Elisabeth Weiß-Söllner:** Besonders prägend für meinen beruflichen Werdegang war die Zeit um 1973, als Elisabeth Reiter und Ernst Grube der Fachgruppe Berufliche Schulen vorstanden. Auch die Zeit zwischen 1978 und 1982, als ich neben Bina Löbl stellvertretende Vorsitzende im Kreisvorstand war, habe ich als bewegend und bewegt erlebt.

Ich habe damals die Notwendigkeit der Solidarität kennengelernt, aber auch den emotionalen Wert der Solidarität.

Meine Überzeugungen habe ich eigentlich – auch wenn das von außen vielleicht nicht so wahrgenommen wurde – alle beibehalten können. Wir hatten ja damals schon die feste Überzeugung, dass das dreigliedrige Schulsystem auf jeden Fall nicht gut für die Kinder ist. Dass eine gemeinsame Schule für alle die anstrebenswerte Alternative wäre. Diese Überzeugung habe ich nie aufgegeben. Im Gegenteil: Ich habe sie in den 17 Jahren immer wieder bestätigt gefunden, insbesondere bei meinen Besuchen im Ausland.

Wir können in Bayern kein anderes System erzwingen. Wir können das nicht einfach einführen. Aber die Fördermöglichkeiten, wenigstens die konnte ich entwickeln und ausbauen. Meine Amtszeit stand von Anfang an unter dem Diktat der Haushaltskonsolidierung 2006, 2007 und 2008, da ging es uns etwas besser, aber es war trotzdem so, dass die Konsolidierungsrunden nie ausgesetzt waren. Wir haben immer unsere Sparbeiträge erbringen müssen, Spielräume waren so gut wie nicht vorhanden. Trotzdem ist es beispielsweise gelungen, an den beruflichen Schulen das Potenzial für Förderstunden, Teamteaching u. Ä. weitgehend auszuschöpfen.

Ich hatte nie das Gefühl, ich hätte die Ziele der GEW verraten. Ich war nur in einer anderen Rolle. Ich hatte immer Verständnis für kritische Positionen und insbesondere für die Personalvertretung. Meine GEW-Mitgliedschaft war mir wichtig und ich bin selbstverständlich bis heute Mitglied.



Das kleine Foto zeigt Elisabeth Weiß-Söllner als Delegierte auf einer LandesvertreterInnenversammlung der GEW Bayern in den 70er Jahren.

*Du bist im Stadtrat oft angegriffen worden wegen der hohen Kosten der städtischen Schulen, es mehrten sich die Stimmen für die Abschaffung des städtischen Schulwesens.*

Ja, weil die Schulen die Stadt eine Menge kosten. Die Regeln bezüglich der Bezuschussung des Lehrpersonals an kommunalen Schulen sind aber verfassungskonform, d. h. laut Schulfinanzierungsgesetz muss der Freistaat diese Schulen nicht vollständig finanzieren. Unsere Klage vor dem Bayerischen Verfassungsgerichtshof ist deshalb abgewiesen worden.

*Wie hast du begründet, dass ein städtisches Schulwesen dennoch wichtig für München ist?*

Die kommunalen Schulen bieten die Möglichkeit, näher an den Menschen zu sein. Wir wissen, welche Probleme unsere Kinder und Jugendlichen haben, wir wissen, was sie brauchen. Und wir können über das Instrument »eigene kommunale Schulen« schneller und besser reagieren auf die Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen und auch der Eltern. Bei den Gymnasien haben wir erreicht, dass nach der vom Staat eingeführten Arbeitszeitverlängerung die eingesparten Stunden nicht zurückgegeben werden mussten, sondern dass wir diese für Ganztagsangebote, die besonders von den Eltern gewünscht wurden, einsetzen konnten.

Im Berufsschulbereich haben wir den handlungsorientierten Unterricht entwickelt. Letztlich hat der Freistaat nachgezogen.

## Die Technik dem Staat

*War es rückblickend die richtige Entscheidung, die BOS-Technik dem Staat zu überlassen?*

Je länger das zurückliegt, umso mehr bin ich von der Richtigkeit dieser Entscheidung überzeugt. Ich hatte große Skrupel und es ist mir schwer gefallen, weil ich ja auch die Kollegen gut gekannt habe und alles hautnah mitbekommen habe,

aber es gab keine Alternative. Es war damals so, dass wir über 50 Millionen – Lehr- und Erziehungsdienst war nicht ausgenommen – als Einsparbeiträge einbringen mussten, auch im Personalbereich. Der Kämmerer hat damals gesagt: Wir müssen jetzt einen radikalen Schnitt machen und endlich die Verstaatlichung beantragen. Es hat keiner geglaubt, dass ich es übers Herz bringen würde, unsere städtischen Schulen so zuzuschneiden, dass sie dauerhaft Einsparungen erbringen und trotzdem Bestand haben. Wir haben die Realschulen auf 48 Eingangsklassen begrenzt, die Gymnasien auf 50 Eingangsklassen. Wir haben die beiden Wirtschaftsschulen zusammengelegt und im BOS/FOS-, im Fachakademie- und im Fachschulbereich die Klassenzahl begrenzt; dadurch haben sie aber auch, z. B. das Fremdspracheninstitut, eine Bestandsgarantie erhalten. Außerdem habe ich parallel dazu dafür gesorgt, dass die BBZs aufgelöst wurden, damit die Schulen eine vernünftige Größe bekommen. So konnte auch jede Schule zusätzlich zur Funktionsstellen-Quote eine Stellvertretung bekommen und ihre Quote an Beförderungsstellen ausschöpfen. Das hat ein Gleichziehen der Berufsschulen mit den anderen Schularten bedeutet.

*Hat es keine Alternative zur Abgabe der BOS Technik gegeben?*

Zur Begrenzung der Berufs- und Fachoberschulen gab es Gespräche mit dem Kultusministerium. Der Vorschlag des Ministeriums war eine Aufteilung: Der Staat nimmt den Technikbereich, die Stadt den sozialen, Wirtschaft wird geteilt. Ich habe mir die volle Rückendeckung von Rot und Grün geholt und dem so zugestimmt. Auf diese Weise habe ich auch erreicht, dass der Staat im Umland in dem Bereich tätig wird. Mehrere neue Standorte für BOS/FOSen wurden gebildet. Das gehörte zum Deal.

Dann habe ich schweren Herzens die BOS-Technik aufgegeben, weil damit das ganze Paket geschnürt werden konnte. In der Summe wurden die beruflichen Schulen am wenigsten belastet. Das wird anders wahrgenommen, die gefühlte Belastung ist immer größer.

Total ausgenommen wurden die Schulen besonderer Art.

Es fiel mir nicht leicht, aber es war richtig, denn letztlich hat das Paket den Stadtrat überzeugt.

Ich halte dies für den größten Erfolg meiner Amtszeit: dass die Stadt hinter ihren kommunalen Schulen steht. Der beste Garant, dass die Schulen kommunal bleiben, ist der Oberbürgermeister, der auch sieht, dass der lange unterbewertete berufliche Bereich etwas ist, worauf die Stadt stolz sein kann.

## **Die Kitas in einen Regiebetrieb**

*Wie beurteilst du die Zusammenlegung von Kinderkrippen und Kindergärten und die damit verbundene Umwandlung in einen Eigenbetrieb? Was hat das für die Beschäftigten zu bedeuten? Welchen Einfluss hat der Stadtschulrat noch?*

Die Krippen, die derzeit noch dem Sozialreferat zugeordnet sind, und die Kindergärten sollen zusammengeführt werden in einen optimierten Regiebetrieb. Dieser ist aber in-

tegraler Bestandteil des Schulreferats. Allerdings sind eine eigene Personalzuständigkeit und finanzielle Eigenständigkeit vorgesehen. Für die Beschäftigten wird sich durch diese Umwandlung nicht viel ändern.

*Die Stadt ist ja sehr stolz auf die Pädagogische Schulentwicklung. Wer ist aus deiner Sicht für Unterrichtsentwicklung zuständig? Ist es die Schule selbst, ist es die Fachabteilung, ist es das PI oder bist du es?*

Das Pädagogische Institut ist aus meiner Sicht nicht verantwortlich für die Unterrichtsentwicklung. Zuständig sind die Produktverantwortlichen, d. h. die Fachabteilungen jeweils für die Umsetzung in ihren Einrichtungen. Das PI hat eine andere wichtige Aufgabe, nämlich den Prozess zu begleiten, auf Fehler, auf Abweichungen hinzuweisen, Innovationen anzuregen und Impulse zu geben. Und das wird dann über die noch zu errichtende und zu konzipierende Qualitätsagentur geschehen.

*Auch das Führungspersonal an den Schulen ist wichtig für eine erfolgreiche Schulentwicklung. Wegen einer Reihe von Entscheidungen der Verwaltungsgerichte ist es nicht mehr so ohne Weiteres möglich, bei der Besetzung von Führungspositionen die von München bisher erfolgreich praktizierten Auswahlkriterien anzuwenden. Bist du auch der Meinung, dass das Schulreferat, besonders die Geschäftsleitung, auch mal mutiger bei Personalentscheidungen sein sollte?*

Als Gewerkschafterin bin ich natürlich dafür, dass Konkurrentenklagen möglich sind. Wir haben Diagramme, in denen die genauen Abläufe bei der Stellenbesetzung vorgegeben sind. Ich schaue mir die Laufbögen genau an, die bei jedem Ausschreibungsverfahren angelegt werden. Und da muss ich unsere Geschäftsleitung, unsere Verwalter in Schutz nehmen: Dort wird nicht verzögert, dort bleibt nichts liegen. Die Formalien sind nun mal – auch von den Fachabteilungen – zu beachten, auch im Vorfeld schon, besonders was die Beurteilungen und Leistungsberichte betrifft. Die alleinige Entscheidung über das Instrument der Vorstellungsrunde geht aus rechtlichen Gründen nicht.

*Was würdest du dem neuen Stadtschulrat, Rainer Schweppe, mit auf den Weg geben?*

Wir haben ihn sehr gut vorbereitet! Mit laufenden Infos über Strategisches Management, über Aktuelles, über unseren Produktplan.

Er muss das Problem der ausreichenden Versorgung der Bevölkerung im Kita-Bereich angehen. Für die Jahrgänge 6 bis 10 gibt es noch immer zu wenig Ganztagsangebote. Häufig fehlt uns der Platz, der Bauraum für Horte, die in fußläufiger Entfernung zur Schule liegen. Ein wichtiger Lösungsansatz ist der Ausbau der Ganztagszüge an den staatlichen Grundschulen. Die Weiterführung der Pädagogischen Schulentwicklung und der Unterrichtsentwicklung wird auch eine Aufgabe für Rainer Schweppe sein.

Ich wünsche ihm bei allem, was er tut, Gelassenheit und das Quäntchen Glück, das jeder braucht.

*Elisabeth, wir danken dir für das Gespräch.*

## Nimmt die Sau beim Wiegen zu?

Eine kleine Allegorie

Nein – natürlich nicht! Aber, so sagten die Eigentümer von Wiege-Einrichtungen, der Bauer müsse doch ein natürliches Interesse am ständigen Wiegen haben. Nur wer stets das zahlengenaue Gewicht seiner Tiere kenne, könne Rückschlüsse auf Güte und Menge des zugeführten Futters ziehen und damit wiederum für beschleunigtes Wachstum sorgen. Die Obrigkeiten nahmen die Vorschläge der professionellen Wäger in beflissenem Aktionismus gerne auf. Ließen sich durch permanentes Wiegen doch reihenweise Akten mit Zahlen füllen, dank derer man vermeintlich exakt Qualität und Ergebnis der Fütterungen kontrollieren konnte, ohne dass dazu eigene Stallbesuche oder gar landwirtschaftliche Kenntnisse notwendig gewesen wären. Vor allem aber ließ sich Volkes emsige Zunge bändigen, das der Meinung gemacht worden war, die ihm kredenzten Produkte können nicht mit denen anderer Länder mithalten.

Die Bauern hingegen begegneten dem Werben eher reserviert. Da sie als direkt Betroffene allerdings um Stärken und Schwächen ihrer Bemühungen wussten, fanden sich doch schnell einige, die bereit waren, mitzumachen. Darunter waren auch ältere Bauern, die schon immer an Verbesserungen nicht nur interessiert gewesen waren, sondern eigenständig viele sinnvolle Entwicklungen initiiert und mitbestimmt hatten. Etwa war es ihnen schon vor vielen Jahren gelungen, die Frontalfütterung, wenn es sich als sinnvoll erwies, durch eine gruppenorientierte zu ersetzen; sie hatten den seit vielen Jahrzehnten starr festgezurrten Zeitrhythmus, nach dem sich alle hatten richten müssen, aufgeweicht oder auch artgerechtere Umgangsmethoden entwickelt. So unterschiedlich diese vielen Neuerungen auch waren, eines war ihnen gemeinsam: Sie wurden von jenen erdacht, entwickelt und umgesetzt, die tagtäglich die Arbeit verrichteten, um deren Verbesserung es ging. Dass dabei manches nicht auf Anhieb gut klappte, manches ohne theoretischen Überbau war, manches sogar gegen heftigen Widerstand der einen oder anderen Obrigkeit durchgesetzt werden musste, war für sie zweitrangig – ihr Beruf bedeutete ihnen mehr als nur eine Verdienstmöglichkeit. Um stetige Verbesserung bemüht, waren sie nicht per se gegen die von anderen erdachte Neuerung eingestellt, wollten sie aber, auch aus ihren eigenen Erfahrungen heraus, kritisch begleiten.

Bevor das permanente Wiegen, das im Übrigen von sogenannten externen Exper-

ten durchgeführt werden sollte, beginnen konnte, hatten sich die einzelnen Höfe zunächst selbst zu visitieren. Also wurden auf unterster Ebene Versammlungen einberufen. Dort wurde den Bauern vom jeweils zuständigen Bauern-Obmann, der bisweilen vom Konzept permanenten Wiegens geradezu begeistert war, nachdrücklich mitgeteilt, dass es jetzt nicht mehr darum ginge, ob sie beim permanenten Wiegen mitmachen wollten. Diese Frage sei von den Obrigkeiten bereits entschieden. Es sollte also nicht mehr die Sinnhaftigkeit diskutiert, sondern es sollten lediglich viele Befürworter gefunden werden. Die älteren Bauern sahen ihre ursprünglichen Ideen von oben entstellt und konnten den Sinn des permanenten Wiegens nicht erkennen. Vielleicht waren sie auch ob des langen Kämpfens um sinnvolle Veränderungen einfach nur müde. So fanden die Obrigkeiten vor allem jüngere Befürworter. Bezeichnenderweise nannten sich etliche von jenen auch nicht mehr Jungbauern, sondern Agrarökonomien.

Auf den Versammlungen leisteten einige der älteren Bauern, die sich demokratische Prinzipien erkämpft hatten und die heutzutage gerne als Bedenkenräger, Innovationsbremser, Ewiggestrige u. Ä. tituliert werden, Widerstand. So wollten sie beispielsweise wissen, worin denn der wirkliche Sinn permanenten Wiegens liege, kämen sie doch mit den bisherigen Messverfahren und -methoden ausreichend gut zu recht. Im Übrigen sei die genaue Beobachtung der Sau durch den erfahrenen Blick des Bauern eine weit preiswertere und damit letztlich auch effizientere Methode. Sie fragten, warum so viele Ressourcen für externe Wiege-Kommissäre aufgewendet werden sollten. Antwort war, dass in der modernen Welt ständig gemessen und gewogen werde und sich auch die Höfe diesem Wettbewerb zu stellen hätten. Nicht mehr das Nahrungsbedürfnis zu stillen stand fortan im Vordergrund bäuerlicher Pflichten, sondern die Präsentation der eindrucksvollsten Sau auf dem nächsten Dorffest.

Dass die Altbauern mit ihrer Ansicht über das permanente Wiegen und den Aufmarsch externer Wiege-Kommissionen nicht ganz daneben lagen, bestätigten – wenn auch unfreiwillig – Agrarökonomien. Schwärmerisch schilderten sie von der Mitmache bei einer Wiege-Aktion: Die Fragen der Prüfer an die Bauern seien ach so harmlos gewesen und im Wiege-Bericht sei kein Bauer persönlich gewürdigt worden, man

hätte lediglich ganz allgemein den Hof begutachtet, ohne ernstliche Konsequenzen daraus zu ziehen.

Wir, die Chronisten, erinnern uns an so manch gewichtige Innovation, die lauthals ausgerufen und zum neuen Wachstumswundermittel deklariert wurde. Wir er- und überlebten beispielsweise HiBF (Hof-interne-Bauern-Fortbildung), FKS (Fütterungskontroll-System), MiP (Modulfütterungspflicht), BQM (Bäuerliches Quartier-Management), MAG (Miteinander-Aufeinander-Gegeneinander). Beinahe jeder neue Minister, Haupt-, Ober- bzw. Unterabteilungsleiter im Ministerium oder Bauernobmann meinte, seine Bauern mit einer ultimativen Neuerung beglücken zu müssen. Glaubwürdig waren ihre meist kurzen Bemühungen auch dann nicht, wenn sie selbst einmal Bauern gewesen waren, dies Dasein aufgeben hatten und hernach ihre ehemaligen Kollegen überzeugen wollten, nur mit der Umsetzung der allerneuesten Gedanken gäbe es für sie eine fruchtbare Zukunft.

Die Sau aber hatte von alledem ebenso wenig mitbekommen, wie sie nun vom permanenten Wiegen profitierte. Weder wurde das Futter reichhaltiger, noch wurden die Fütterungsmethoden vielfältiger. Weder wurde ihr eigener Platz besser ausgestattet, noch der Stall besser gelüftet. Auch der Bauer kümmerte sich weder öfter noch intensiver um sie. Im Gegenteil: Durch die Verpflichtung des steten Wiegens blieben weniger Zeit und Energie für die eigentlich zu verrichtende Arbeit. Eine Neuerung fiel dann aber doch auf: Vorne und gut sichtbar an der Stallwand prangte eines Tages ein Leid-Bild. Man konnte da lesen: »Ich will besser werden! Ich soll freundlich sein! Ich muss mehr tun! Ich werde öfter wiegen! Ich werde auch mich wiegen lassen!«

Irgendwann stand auch einmal eine Gruppe Krawatten im Stall, stellte seltsame Fragen, sah dem Bauer bei der Arbeit zu und ging dann wieder. Ob es mit diesem Besuch zusammenhing, ob es einen anderen Grund gab, ja ob es überhaupt einen Grund gab: Fortan glänzte schräg unterhalb des Leid-Bildes eine große farbige Plakette: »Dieser Hof ist examiniert!«

Während die Eigentümer von Wiege-Einrichtungen sich endlich über ihren Zutritt zu den Höfen freuen durften, hatte die Sau indessen nicht zugenommen, sondern war, erschöpft vom vielen Wiegen, magerer als je zuvor.

**Rudi Nöth**

für den GEW-Kreisverband Nürnberg

# 30 Jahre Freinet-Pädagogik in Bayern – immer noch der Zeit voraus

Tut mir leid, von »Freinet« habe ich noch nichts Großes gehört, oder ist etwa »freenet« gemeint? Aber das ist noch keine 30 Jahre alt!

Zugegeben, unter Montessori-Pädagogik und Waldorfschulen kann sich jeder etwas vorstellen. Aber wie ist das mit der Freinet-Pädagogik?

Freinet war ein französischer Reformpädagoge, der seine Schule von Grund auf verändert hat. Die Kinder stehen bei ihm im Mittelpunkt. Er gibt ihnen das Wort: im ganz wörtlichen Sinne, denn das, was im Leben der Kinder wichtig ist, kommt in der Schule zur Sprache, es wird gedruckt, damit gerechnet und durch die Korrespondenz mit anderen Klassen diskutiert. Aber auch im übertragenen Sinn: Die Kinder dürfen und sollen mitreden, was in der Schule passiert. Im Klassenrat und in der Schulversammlung. Das Wichtigste, was unsere Gesellschaftsform ausmacht, die Demokratie, wird hier täglich in kleinen Schritten geübt und mit richtigem Leben gefüllt.

Und warum ist seit 30 Jahren von diesen Ideen, die ja wirklich nach moderner Pädagogik mit Kindzentrierung, Individualität und Basisdemokratie klingen, in Bayern so

wenig bekannt geworden? Vielleicht, weil es nicht die Institution »Freinet-Schule« gibt.

Freinet-Pädagoginnen und -Pädagogen trifft man selten in geballter Form an einer Schule an, sondern sie versuchen, diese Gedanken da zu verwirklichen, wo sie hauptsächlich arbeiten: in Kitas, in Grund-, Haupt- und Förderschulen, an den Universitäten, manchmal sogar an Realschulen und Gymnasien. Damit sie keine EinzelkämpferInnen werden oder bleiben, ist es sehr wichtig, sich mit Gleichgesinnten auszutauschen oder hin und wieder ein Stück auf der gleichen Welle zu schwimmen.

Und das tun wir seit 30 Jahren zweimal jährlich in Bayern auf den Freinet-Treffen. Diese Fortbildungen sind von besonderer Art: Genauso bunt wie das Buffet, das die Teilnehmerinnen und Teilnehmer am Freitagabend selbst mitbringen, ist das Programm, das sich jeder selbst aus den vielfältigen Angeboten zusammenbasteln kann (*siehe Fotos*). Alle Themen, die uns berühren, werden zur Sprache gebracht. Es werden keine ReferentInnen eingeladen, sondern das Wort ergreifen diejenigen, die etwas zu berichten haben. Doch meistens bleibt die Fortbildung nicht nur bei



Alle folgenden Bilder entstanden bei Freinet-Treffen:  
Erdgeschichte, dargestellt auf 50 m



Hier werden die letzten Zentimeter der Erdgeschichte dargestellt, vom ersten Menschen bis zur eigenen Großmutter



Maschinenbau zum Thema Erdgeschichte

Worten, Berichten oder Diskussionen hängen, sondern wird mit Taten verbunden: Wir probieren selbst Dinge aus, stellen gemeinsam etwas her und legen selbst Hand an (von Alternativen im Englischunterricht, Bulimie-Diskussion, Zirkusspiele ... über Klassenrat, Austausch über Lernzirkel, Montessori-Material kennenlernen ... bis zu Tango tanzen, wissenschaftliche Experimente oder Zehnerübergang – eben alles, was wir haben oder brauchen).

An den Wochenenden wird deutlich, warum unser Verein, der seinen Sitz in Bremen hat, den Namen FREINET-KOOPERATIVE trägt. Das Miteinander ist wichtig und bringt uns vorwärts.

Miteinander heißt bei uns auch, dass unsere Kinder oder PartnerInnen ebenfalls an diesen Treffen teilnehmen können. Miteinander haben wir inzwischen eine Druckerei, einen Tücherfundus für Jeux Dramatique, Material für das Begreifen der Erdentwicklung, verschiedene Mathematik-Montessori-Materialien, eine reiche Auswahl an Büchern und interessante DVDs angeschafft, die wir ausleihen und für unseren Unterricht einsetzen können.

Miteinander lernen, egal ob nichtbehindert oder behindert, hier aufgewachsen oder mit Migrationshintergrund, ist eine Maxime, die für uns zählt. Deshalb unterstützen wir »Eine Schule für alle«, inklusive Pädagogik und engagieren uns auch gegen Nazis.

Seit 30 Jahren gibt es diese Art der Pädagogik in Bayern, aber immer noch kein Aushängeschild »Freinet-Schule«. Nein, denn diese zweihundert interessierten Menschen arbeiten nicht an einer Schule, sondern verändern die Schulen an vielen Orten in vielen kleinen Schritten.

Einige Fakten in Kürze:

- Das nächste Freinet-Treffen findet vom 8. - 10. 10. 2010 auf Burg Hoheneck statt. Informationen darüber und Anmeldungen bitte unter: [hermann.hagel@t-online.de](mailto:hermann.hagel@t-online.de).
- Die bayerische Freinet-Initiative wird dieses Jahr 30 Jahre alt. Gegründet wurde sie von LehramtsstudentInnen im Raum Nürnberg als eine Art »Selbsthilfegruppe«.
- Von Anfang an haben wir auf Freie Arbeit gesetzt, inzwischen ist dieser Begriff überall salonfähig!
- Nicht nur LehrerInnen können an diesen Treffen teilnehmen, sondern auch ErzieherInnen und SozialpädagogInnen.
- Auf den Treffen organisieren wir immer eine Kinderbetreuung!
- Unsere gesellschaftspolitische Verantwortung liegt unter anderem in den Bereichen »Eine Schule für alle«, dem »Bündnis gegen Rechts« und der Umsetzung einer »Inklusiven Pädagogik«.
- Einladungen zu den Freinet-Treffen finden Sie unter fibs, auf unserer Homepage [www.freinet-kooperative.de](http://www.freinet-kooperative.de) oder Sie erhalten sie, wenn Sie uns eine Mail schicken: [lernwerkstatt@t-online.de](mailto:lernwerkstatt@t-online.de)



**von Petra Vogt**

Sonderschullehrerin in Bamberg mit Schwerpunkt Kooperationsklasse und MSD  
[lernwerkstatt@t-online.de](mailto:lernwerkstatt@t-online.de)



Heißluftballon für »Eine Schule für alle«



# Individualisiertes Lernen in Schweden

Im Oktober 2009 hatte ich die Gelegenheit, im Rahmen einer von COMENIUS geförderten Fortbildung individualisiertes Lernen in Schweden kennenzulernen.

Dabei konnte ich mir ein eigenes Bild vom schwedischen Schulsystem machen, da wir gemeinsam oder in Kleingruppen verschiedene Bildungseinrichtungen in und um Helsingborg besuchten, im Unterricht hospitierten und mit LehrerInnen und SchulleiterInnen sprachen.

## Wo sind die Unterschiede?

Bereits bei der Einführung wurden deutliche Unterschiede zum bayerischen Schulsystem sichtbar:

- Das schwedische Schulsystem ist kommunal organisiert, d. h. die Kommune trägt nicht nur den Sachaufwand, sondern ist auch Arbeitgeber für die Lehrkräfte und das sonstige an den Schulen beschäftigte Personal.
- Die Lehrkräfte unterrichten nach nationalen Curricula, die nicht so umfangreich wie unsere Lehrpläne sind und in denen Mindeststandards festgelegt werden. Die nationale Behörde (Skolvaerket) konzipiert die nationalen Tests in den Jahrgangsstufen 3, 5 und 8 und führt die Evaluation (alle vier Jahre) durch. Die Kommunen müssen einen Bildungsplan für ihren Bereich vorlegen. Helsingborg bezeichnet sich als Kompetenzstadt für Bildung und formuliert als Aufgabe der Schulen, Kindern und Jugendlichen bei der Verwirklichung ihrer Träume zu helfen.
- Die KollegInnen haben eine 45-Stunden-Woche und 38 Zeitstunden Präsenzzeit. Die Unterrichtsverpflichtungen und Zulagen zum Gehalt werden individuell verhandelt. In der Regel haben sie 17 Zeitstunden Unterricht.
- Die Kindertagesstätten (Förskolas) bieten ein ganztägiges Angebot und sind für Kinder ab dem Alter von einem Jahr. ErzieherInnen haben einen Hochschulabschluss. Auch nicht berufstätige Mütter haben einen Anspruch, ihr Kind für 15 Wochenstunden in die Kindertagesstätte zu schicken.
- Die SchülerInnen besuchen ab dem 7. Lebensjahr die Grundschule (Skola). Sie umfasst die 1. bis 9. Klasse. Der Schulbesuch, das Mittagessen, die Lernmittel, die SchülerInnenbeförderung sind kostenfrei. (Schulpflicht!)
- Noten gibt es ab der 8. Jahrgangsstufe. Vorher werden halbjährlich ausführliche Entwicklungsberichte für alle Fächer verfasst, die als Grundlage für ein Gespräch mit Eltern und SchülerInnen dienen.
- Die Wiederholung einer Jahrgangsstufe ist die absolute Ausnahme.
- Im Gymnasiet (10. bis 12. Klasse) werden für Essen und Fahrtkosten Zuschüsse gezahlt.
- SchulsozialarbeiterInnen bzw. SchulpsychologInnen (KuratorInnen) gibt es an jeder Schule.



Bereits in der Vorschule führen die SchülerInnen ein Schultagebuch

## Gut ausgestattete Vorschulen

In der Förskola Hamilton, einer an der Reggio-Emilia-Pädagogik orientierten Vorschule, konnten wir feststellen, dass hier viel in Personal investiert wird. Für insgesamt 40 Kinder sind sechs Erzieherinnen zuständig, welche die Kinder ihrer jeweiligen Gruppe (1 bis 3 Jahre, 3 bis 6 Jahre) die gesamte Vorschulzeit begleiten.

Die Kinder sollen durch den Raum und das bereitgestellte Material angeregt werden. Bereits die dreijährigen Kinder werden an den Entwicklungsgesprächen mit ihren Eltern beteiligt. Die Eltern werden wöchentlich durch einen Elternbrief über die Vorhaben der nächsten Woche informiert. Diese Wochenbriefe gibt es sowohl in Papierform als auch als Datei auf der Homepage. Zur Förderung des Lese- und Schreibprozesses sind alle Gegenstände in der Einrichtung mit Wortkarten versehen. Die älteren Kinder können auch einen Computer benutzen. Wesentliche Ergebnisse der Arbeit werden in einem Portfolio aufbewahrt.

Die Vorschule St. Jörgen hat für 44 SchülerInnen fünf Erzieherinnen und zwei Assistentinnen zur Verfügung. Dort konnten wir die Arbeit im Fach Schwedisch und im Sachunterricht beobachten sowie die Projektarbeit, die mit einer gemeinsamen Präsentation der Vorschulen und der Grundschule abgeschlossen wurde. Hier war die enge inhaltliche Zusammenarbeit der Vorschulen untereinander sowie mit der Grundschule St. Jörgen gut zu erkennen. Die Erzieherinnen der Grundschulen im Schulsprenkel von St. Jörgen treffen sich wöchentlich.

## Grundschule mit zwei Lernmodellen

In der Grundschule St. Jörgen, die die erste bis sechste Jahrgangsstufe umfasst, gibt es das Montessori-Modell und das schwedische Modell. Im Montessori-Zweig wird grundsätzlich jahrgangsübergreifend gearbeitet, während das schwedische Modell in Jahrgangsklassen eingeteilt ist. Alle SchülerInnen haben eigene, individuell geplante Arbeitszeiten, die zum Teil in Fachräumen stattfinden. Alle SchülerInnen führen – wie an den anderen besuchten Einrichtungen – ein Schultagebuch, auch Logbuch oder Kalender genannt. Darin werden die Wochenpläne eingetragen und das



Die Grundschule  
St. Jörgen in Helsingborg

Erreichen der Ziele dokumentiert und reflektiert. Die Lehrkräfte schreiben einen kurzen Kommentar und auch die Eltern können Anmerkungen machen. In Lerngruppen mit 15 bis 20 SchülerInnen stellen wir eine ruhige Arbeitsatmosphäre fest. Die Schule ist – wie auch die anderen besuchten Schulen – gut mit Computern (mit Internetzugang), Beamern und Smartboards ausgestattet. Die weißen Wandtafeln werden überwiegend als Planungsinstrument (z. B. Tagesablauf, wichtige Termine der Woche) verwendet.

Mit der Kunsapkola, einer weiteren Grundschule, die die Klassen 6 bis 9 führt, lernten wir eine private Schule kennen. Solche sogenannten »fristaende« Schulen wurden erst in den letzten Jahren ermöglicht. Neoliberale Ideen haben auch in Schweden Einzug gehalten. Dennoch unterscheiden sich diese Schulen von deutschen Privatschulen dadurch, dass sie kein Schulgeld erheben dürfen. Sie erhalten von der Kommune pro SchülerIn die gleichen finanziellen Zuwendungen wie die kommunalen Schulen.

An dieser Schule wird der Unterrichtsstoff in allen Fächern in 35 Stufen eingeteilt, die die SchülerInnen individuell zu bearbeiten haben. Dabei ist immer nach fünf Stufen ein Test zu absolvieren. Wird dieser nicht bestanden, muss der Stoff wiederholt werden. Erst nach bestandenem Test geht es weiter. Es werden Einführungsstunden gehalten (Bei-

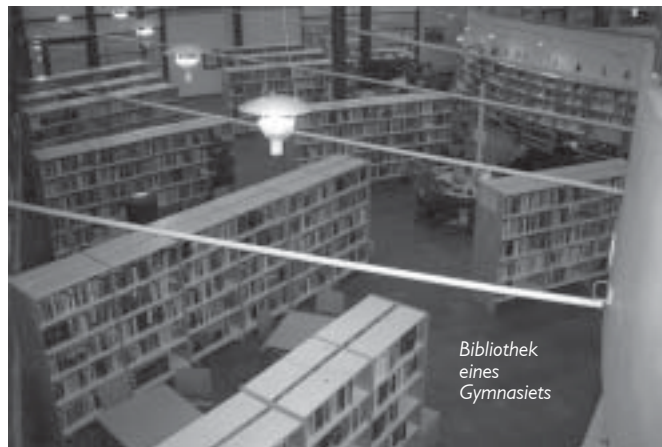


Die SchülerInnen sitzen auf hohen Stühlen, damit die Lehrkräfte sich nicht zu den Tischen hinunterbeugen müssen.

spiel: Schwedisch 7. Klasse, Stufe 16 und 17). Außerhalb dieser Stunden haben die SchülerInnen anhand ihres individuellen Wochenplanes zu arbeiten und können die Hilfe eines Fachlehrers bzw. einer Fachlehrerin, die im entsprechenden Raum sitzen (Schwedisch, Englisch, Mathematik, Naturwissenschaften ...), in Anspruch nehmen. Die KlassenlehrerInnen führen wöchentlich ein Gespräch mit jedem Schüler und jeder Schülerin über die Arbeit.

## Die meisten gehen weiter aufs Gymnasiet

Nach Abschluss der 9. Klasse endet die Schulpflicht, aber nur wenige SchülerInnen verlassen die Schule. Die meisten besuchen anschließend das Gymnasiet, das zum Erreichen eines qualifizierten Berufsabschlusses notwendig ist, um nicht chancenlos auf dem Arbeitsmarkt zu sein. Die Gymnasiets haben unterschiedliche Schwerpunkte. Das von mir besuchte Kullagymnasiet in Höganäs bietet 10 von 17 möglichen Ausbildungsrichtungen an. Dabei sind einige mehr auf die Vorbereitung auf ein anschließendes Hochschulstudium ausgerichtet, andere dienen der Berufsausbildung.



Bibliothek  
eines  
Gymnasiets

Auch hier werden die SchülerInnen individuell gefördert. Lerntagebücher, Portfolioarbeit und Wochenbriefe sind hier genauso selbstverständliche Elemente des Schulalltags wie an den Grundschulen. Kleine Klassen (höchstens 20 SchülerInnen) erleichtern den Lehrkräften das Eingehen auf jeden Einzelnen. Besonders fiel hier die gute Ausstattung mit Medien (Beamer, Laptop, Smartboard) in allen Klassenräumen sowie die großzügig angelegte Bibliothek auf.

In dieser Woche wurde die schwedische Schulkultur für uns deutlich: Weil alle SchülerInnen das Recht haben, die Unterrichtsziele des schwedischen Schulsystems zu erreichen, haben die Schulen eine besondere Verantwortung, dies auch sicherzustellen. Aus diesem Grund muss der Unterricht so gestaltet sein, dass er den Bedürfnissen jedes einzelnen Schülers und jeder einzelnen Schülerin entspricht.

Die Lehrkräfte in den schwedischen Schulen zeigen allen SchülerInnen Respekt für ihre Arbeit und ihre Person.

von Peter Caspari

Hauptschullehrer und Mitglied im Hauptpersonalrat



## »Wissenswertes für Beamtinnen und Beamte« – Neuauflage 2010/2011

Das beliebte Taschenbuch wurde komplett überarbeitet und kann wie bisher auch in diesem Jahr mit eigenem Buchumschlag der GEW bestellt werden. Neben einer neuen und freundlichen Titelseite wurden auch die Kapitel Arbeitszeit und Urlaub sowie Beihilfe und BeamtInnenversorgung auf den aktuellen Stand gebracht. Einen besonderen Schwerpunkt dieser Ausgabe bildet das Besoldungsrecht. In diesem Kapitel finden sich u. a. alle für Länder und den Bund aktuellen Besoldungstabellen.

Das Taschenbuch kostet 5 EUR (ab 20 Exemplaren 3 EUR) zzgl. MwSt und Versand. Bestellungen an:

Info-Service Öffentlicher Dienst/Beamte

Fax: 01 80-5 32 92 26

infoservice@beamten-informationen.de

### Stopp – es reicht!

#### Aktives Grenzen setzen

Die Situationen kommen unverhofft und überraschend: respektloses Verhalten, Frauenverachtung, (sexuelle) Belästigung, Beleidigungen, Abwertungen, Dominanzgebärden, Gewaltandrohung ... »Da stehst du doch drüber!«, ist häufig der Kommentar zu Belästigungen und Übergriffen, die (noch) nicht im Krankenhaus enden. Da es in vielen Fällen jedoch vor allem um das Austreten von Machtstrukturen geht, empfehlen die neuesten Untersuchungen zur Gewaltprävention frühzeitiges Wahrnehmen, Handeln und Grenzen setzen. Mit Methoden aus der Selbstbehauptung/Selbstverteidigung, wie z. B. dem Einsatz von Stimme oder Körperhaltung, können verbale und körperliche Grenzüberschreitungen besser eingeschätzt, durchlebt oder sogar abgebaut und verhindert werden. KOFRA bietet ein Seminar mit der Nürnberger Lehrerin und Selbstverteidigungstrainerin Judith Barnickel an. Darin werden allgemeine Handlungsmöglichkeiten zu verschiedenen Übergriffsformen aus dem Alltag vorgestellt und eingeübt. Aktuelle Situationen können eingebracht und analysiert werden. Ziel ist ein selbstbewusstes, situationsangemessenes und professionelles Agieren und Reagieren bei Grenzüberschreitungen.

Termin: 16.07.2010, 18.00-21.00 Uhr

Unkostenbeitrag: 25 EUR, Anmeldung bei:

KOFRA • Baaderstr. 30 • 80469 München

Tel. 0 89-2 01 04 50

kofra-muenchen@t-online.de • www.kofra.de

### Wenn der Papa die Mama schlägt!

Beim Phänomen der häuslichen Gewalt ist die Prüfung einer möglichen Kindeswohlgefährdung grundsätzlich geboten. Diese liegt dann vor, wenn Kinder Gewalt miterleben, auch wenn sie nicht direkt Ziel dieser Gewalt sind. Gewalt gegen Frauen korreliert häufig mit Gewalt gegen Kinder. In gewaltbelasteten Familien treten verschiede-

## Dies und Das

ne Phänomene in wechselnden, sich gegenseitig beeinflussenden Ausprägungen auf.

In einem Vortrag und einem Workshop für Fachfrauen wird das Angebot »Protego – Gruppen für Mädchen, die häusliche Gewalt miterlebt haben« vorgestellt. Am Nachmittag können in Gruppen Fragestellungen des Vormittags vertieft werden und es kann an eigenen Fallbeispielen gearbeitet werden. Termin: 28.09.2010, 9.30-17.00 Uhr

Anmeldung: bis 28.08.2010

Kosten: 80 EUR

IMMA, Kontakt- u. Informationsstelle für

Mädchenarbeit • Jahnstr. 38 • 80469 München

Tel. 0 89-23 88 91 20

kontakt.informationsstelle@imma.de

### Traurig, reizbar und null Bock auf nichts ...

Depression gilt als häufigste und am meisten unterschätzte Erkrankung. Das Risiko, an einer Depression zu erkranken, liegt bei ca. 30 %, steigt im Jugendalter kontinuierlich an und zeigt deutliche Geschlechtsunterschiede. Aufgrund des hohen Chronifizierungsrisikos und der Suizidgefährdung ist ein sensibles Wahrnehmen der Kernsymptome von großer Bedeutung. In einer Fortbildung für Fachfrauen werden Grundlagen vorgestellt: Unterscheidung von Depression zu sonstigen Gefühlen der Traurigkeit, Reizbarkeit und Null-Bock-Stimmung, Erklärungen der Geschlechtsunterschiede. Nach einem Überblick über Interventions- und Präventionsansätze stehen ausgewählte Konzepte und Materialien im Mittelpunkt. Darauf aufbauend werden gemeinsam Handlungsmöglichkeiten für den pädagogischen Kontext abgeleitet.

Termin: 30.09.2010, 13.00-17.00 Uhr und  
01.10.2010, 9.30-16.00 Uhr

Anmeldung: bis 30.08.2010

Kosten: 180 EUR

IMMA, Kontakt- u. Informationsstelle für

Mädchenarbeit • Jahnstr. 38 • 80469 München

Tel. 0 89-23 88 91 20

kontakt.informationsstelle@imma.de

### KULTURmobil 2010 – wieder unterwegs in Niederbayern

Wenn Sommer ist, dann kommt das KULTURmobil, das fahrende Theater des Bezirks, in 30 niederbayerische Städte und Gemeinden. Mit dem Märchen »Thomastag« von Sybille Neuhaus stellt die Schauspielerin Monika Manz ihre erste Regiearbeit vor. Und Elmar Raida und Stefan Tilch haben ein neues Stück geschaffen: die bayerische Komödie »Franz im Glück« mit einer stilistisch-humoristischen Spannweite von satirischen Anklängen bis hin zur Groteske. Und weil die Macher von KULTURmobil nicht abergläubisch sind, wagen sie sich im

13. Jahr an ein neues Projekt: Gerade ging die neue Website online und bietet viele Informationen: • das Projekt – Idee, Zahlen, Technik ... • das Programm 2010 – die Stücke, alle Mitwirkenden • alle Tourneeterminale und Gastspielorte  
www.kulturmobil.de

### Sozialrechtsberatung für Menschen mit Behinderung

Rechtsberatung in Fragen zum Sozialrecht bietet ab sofort der Bundesverband Selbsthilfe Körperbehinderter e. V., BSK, im Rahmen einer Mitgliedschaft an. Die Beratung erstreckt sich auf Auskünfte im Rahmen einer Erstberatung und das Widerspruchsverfahren für den Bereich des Sozialrechts, insbesondere die Sozialgesetzbücher II (Grundsicherung für Arbeitsuchende), V (Krankenversicherung), IX (Rehabilitation), XI (Pflegeversicherung) und XII (Grundsicherung für Erwerbsunfähige und Sozialhilfe) sowie das Verwaltungsrecht.

Eine Beratung in Rechtsgebieten, die darüber hinausgehen, ist nach Absprache ebenfalls möglich. Die Kosten für die anwaltlichen Auskünfte sowie die vielen weiteren Vorteile für Menschen mit Körperbehinderung sind durch den Mitgliedsbeitrag im BSK e. V. (28 EUR/Jahr) abgedeckt. Eine gerichtliche Vertretung der einzelnen Mitglieder des BSK ist darin nicht enthalten, kann aber nach Vereinbarung mit der Fachanwältin auf eigene Kosten in Anspruch genommen werden. Der BSK ist eine gemeinnützige bundesweite Interessenvertretung für Menschen mit Körperbehinderung.

Weitere Auskünfte:

BSK e. V.

Tel. 0 62 94-42 81-42 • soziales@bsk-ev.org

www.bsk-ev.org/sozialrechtsberatung

### Meine Daten – ganz sicher!

Social Communitys und andere interaktive Angebote des Web 2.0 üben besonders auf Jugendliche große Faszination aus, weil sie darin sowohl Möglichkeiten der Kommunikation untereinander als auch der Selbstpräsentation finden. Gleichzeitig entstehen durch die Offenlegung persönlicher Daten oder die Verletzung von Urheber- oder Persönlichkeitsrechten neue Gefahren, die die (medien-)pädagogische Arbeit vor Herausforderungen stellt.

Das JFF bietet deshalb regelmäßig Programme für Schulen an, in denen sich Jugendliche über die Potenziale und Gefahren des Web 2.0 informieren und ihr Wissen unter Beweis stellen können. Das 3-stündige Programm beinhaltet sowohl einen theoretischen Überblick als auch Diskussionsrunden sowie ein Quiz – beispielsweise auch zu Problemen des Mobbings im Internet.

Kontakt:

JFF – Institut für Medienpädagogik

Kati Struckmeyer • Tel. 0 89-6 89 89-1 43

kati.struckmeyer@jff.de

# Interessante Veranstaltungen ab Juli 2010

Die Übersicht wird ständig aktualisiert, entsprechende Hinweise bitte an Susanne Glas in der GEW-Landesgeschäftsstelle: [sg@bayern.gew.de](mailto:sg@bayern.gew.de)

<b>08.07.10</b>	<b>Aufgabengebiete und Arbeit einer Förderlehrerin</b> Mit Irmgard Schreiber-Buhl. Eine Veranstaltung der GEW Garmisch-Partenkirchen/Weilheim-Schongau.	Infoabend	<b>Peiting</b> Gasthaus Dragoner Jägerstube, 19.30Uhr
<b>09.-10.07.10</b>	<b>ArbeitnehmerIn 50 plus – schaffe ich die Arbeit oder schafft sie mich?</b> * Workshop für Beschäftigte, die 50 Jahre oder älter sind. Mit Barbara Haas (GEW Baden-Württemberg). Anmeldung erforderlich an Susanne Glas, <a href="mailto:sg@bayern.gew.de">sg@bayern.gew.de</a>	Seminar	<b>München</b> DGB-Haus
<b>26.07.10</b>	<b>Referendariatstag der GEW Mittelfranken</b> Für LehramtsanwärterInnen an Grund- und Hauptschulen. Weitere Informationen gibt es bei der GEW Mittelfranken: <a href="mailto:gew-mittelfranken@nefkom.net">gew-mittelfranken@nefkom.net</a>	Infoveranstaltung	<b>Nürnberg</b> EWF Uni Erlangen-Nürnberg Regensburger Str. 160 15.00 Uhr-18.30 Uhr
<b>27.07.10</b>	<b>Referendariatstag der GEW Mittelfranken</b> Für ReferendarInnen an Realschulen und Gymnasien. Weitere Informationen gibt es bei der GEW Mittelfranken: <a href="mailto:gew-mittelfranken@nefkom.net">gew-mittelfranken@nefkom.net</a>	Infoveranstaltung	<b>Nürnberg</b> EWF Uni Erlangen-Nürnberg Regensburger Str. 160 15.00 Uhr-18.30 Uhr
<b>30.09.10</b>	<b>Die Nürnberger Rassengesetze</b> Mit Reinhard Frankl, Mitglied des Landesvorstandes der GEW Bayern. Eine Veranstaltung der GEW Nürnberg in Kooperation mit ver.di.	Infoveranstaltung	<b>Nürnberg</b> DGB-Haus, KIBS 19.00Uhr
<b>15.-16.10.10</b>	<b>Neumitgliederseminar.</b> Die GEW – Personal, Politik und Perspektiven kennenlernen.* Mit Monika Hartl und Wolfgang Nördlinger.	Seminar	<b>Augsburg</b> Jugendherberge

**München: siehe immer auch: [www.gew-muenchen.de](http://www.gew-muenchen.de). Weitere Informationen über unsere Mailinglist, Eintrag jederzeit widerruflich! Bitte per E-Mail anfordern.**

\* Anmeldung erbeten, falls nicht anders angegeben: GEW-Geschäftsstelle, Susanne Glas, [sg@bayern.gew.de](mailto:sg@bayern.gew.de), Tel. 0 89-54 40 81 16, Fax: 0 89-5 38 94 87  
\*\* Teilnahmegebühr



Das Nürnberger Institut für sozialwissenschaftliche Forschung, Bildung und Beratung (ISFBB) e. V. führt das Projekt »**Tacheles! Handlungstrategien gegen Rechtsextremismus in der Jugendarbeit in Mittel- und Oberfranken**« durch.

Neben einer Fachtagung am 30. September 2011 findet ab Juli 2010 eine zwölf tägige MultiplikatorInnen-Fortbildung statt. Außerdem gibt es Bildungs- und Coachingangebote und ein Forschungsprojekt zum Umgang mit dem Thema »Rechtsradikalismus in der Arbeit mit Jugendlichen«.

Die MultiplikatorInnen-Fortbildung beginnt mit ihrem ersten Termin bereits am 17. Juli 2010. Die Termine verteilen sich von Juli 2010 bis Juli 2011. Es werden insgesamt sechs Module angeboten, die auch einzeln besucht werden können. Die Teilnahme ist kostenlos. Teilnehmen können alle Interessierten, insbesondere Menschen, die mit Jugendlichen arbeiten. Die Fortbildung wird von Birgit Mair (Dipl. Sozialwissenschaftlerin, Univ.) und Peter Zinke (M. A., Historiker) geleitet. Die jeweiligen GastreferentInnen werden zeitnah auf der Homepage [www.tachelesprojekt.de](http://www.tachelesprojekt.de) veröffentlicht. Dort stehen auch das Programm der Fachtagung im September nächsten Jahres und die Themen der Einzeltermine der MultiplikatorInnen-Fortbildung zum Download bereit und es besteht die Möglichkeit, sich zur MultiplikatorInnen-Fortbildung und zur Fachtagung anzumelden.

**Seminar zur Frage der Beamtenversorgung**

Der Info-Service Öffentlicher Dienst/Beamte bietet Seminare zum aktuellen Versorgungsrecht für Beamtinnen und Beamte an. Die Teilnahme eignet sich insbesondere für Mitglieder von Personalvertretungen (freigestellte und nicht freigestellte PersonalrätInnen), Frauenbeauftragte, Gleichstellungsbeauftragte und Vertrauensleute der Schwerbehinderten. Sie erhalten durch dieses Seminar wichtige Informationen zur Beamtenversorgung: • Grundzüge des Beamtenversorgungsrechts • Berechnung des Ruhegehaltes • Versorgungsabschlüsse, Mindestversorgung, Versorgungsausgleich. Näheres unter: [http://www.die-oeffentliche-verwaltung.de/seminarservice\\_uebersicht](http://www.die-oeffentliche-verwaltung.de/seminarservice_uebersicht)



Der LesePeter ist eine Auszeichnung der Arbeitsgemeinschaft Jugendliteratur und Medien (AJuM) der GEW für ein herausragendes, aktuelles Buch der Kinder- und Jugendliteratur. Die ausführliche Rezension (mit pädagogischen Hinweisen) ist im Internet unter [www.AJuM.de](http://www.AJuM.de) (LesePeter) abrufbar.

Im Juli 2010 erhält den LesePeter das Sachbuch  
**Aleksandra Machowiak, Daniel Mizielinski:**  
**Treppe Fenster Klo**  
Aus dem Polnischen von Dorota Stroinska  
Moritz Verlag • Frankfurt 2010  
156 Seiten • gebunden • 18,00 EUR  
ab 10 Jahren • ISBN 978-3-89565-217-2

»Die ungewöhnlichsten Häuser der Welt« – so der Untertitel dieses Buches – sind in diesem Buch (Format 20,5 x 20,5 cm) versammelt. Alle Häuser, die hier als Zeichnung dargestellt sind, existieren in Wirklichkeit und können mit Suchmaschinen im Internet gefunden werden.

Im August 2010 erhält den LesePeter das Bilderbuch  
**Gabriel Erz & Peter Engel: Harry und die Amsel**  
Ein AH-Buch mit Z zum Schluss  
Edition Buntehunde • Regensburg 2010  
32 Seiten • gebunden • 17,50 EUR  
ab 5 Jahren • ISBN 978-3-934941-59-5

Harry ist eher langweilig und umständlich. Er lebt allein, seinen täglichen Rhythmus behält er bei, ein »Hätte-könnte-wäre-müsste« hat bei ihm keine Chance, denn am Ende ist es sowieso wie es ist. Die beiden Amseln bringen ihn ganz schön aus seiner Beschaulichkeit, ja, Harry wird sogar mutig.

jede Woche neue Angebote

**schulfahrt.de**



## Herzlichen Glückwunsch!

Wir gratulieren allen Kolleginnen und Kollegen, die im Juli und August Geburtstag feiern, ganz besonders

**Marianne Walz**, Neustadt, zum **90**.

**Helmut Stock**, Lauf, zum **87**.

**Susanne Mächtlinger**, Bamberg, und  
**Klaus Zielke**, Coburg, zum **86**.

**Herwarth Stadler**, Peißenberg, zum **85**.

**Elfriede Bode**, München, zum **83**.

**Hans-Heinrich Hagen**, Würzburg, und  
**Rüdiger Kuczius**, Thurnau, zum **79**.

**Dr. Rolf Eckart**, München, zum **77**.

**Joachim Schmolcke**, München, zum **76**.

**Ellen Amthor-Geltinger**, Bayreuth,  
**Elisabeth Stehle**, Giengen,  
**Erwin Dobner**, Olching,  
**Hannes Henjes**, Höchstadt, und  
**Walter Wittmann**, Erlangen, zum **74**.

**Klaus Engelhardt**, Grub,  
**Hans Parnickel**, Stockheim,  
**Roland Rall**, München, und  
**Hansjörg Schupp**, Möttingen, zum **73**.

**Ursula Euskirchen**, Hersbruck,  
**Susanne Göpfert**, Donaustauf,  
**Astrid Obermair**, Regensburg,  
**Eva-Maria Ulrich**, München,  
**Gert Freyberger**, Passau,  
**Prof. Dr. Dr. h. c. Eduard Hertel**, Bayreuth, und  
**Günter Hörmann**, Kulmbach, zum **72**.

**Elisabeth Knapp-Lubos**, Dillingen,  
**Christa Stark**, Hof,  
**Gianni Carlet**, München,  
**Georg Grill**, München,  
**Gert Mader**, München,  
**Friedrich Martschin**, Stein, und  
**Prof. Dr. Volker Schütz**, Handorf, zum **71**.

**Barbara Seitz**, München,  
**Dr. Gabriele Sprigath**, München,  
**Hans-Peter Elkeles**, München,  
**Walter Kaiping**, Nürnberg,  
**Walter Kleinhenz**, Veitsbronn, und  
**Eduard Rode**, Erlangen, zum **70**.

sowie zum **65**.

**Sylvia Berning**, München,  
**Gabriele Döring**, Pommelsbrunn,  
**Christine Geißler-Langhans**, München,  
**Gisela Krempel**, Nürnberg,  
**Maximiliane Mehringer**, Krailing,  
**Dietrun Steinseifer-Vogel**, Lamerdingen,  
**Angelika Winter**, Nürnberg,  
**Thomas Boehlkau**, Rohrbach,  
**Hans-Ortwin Botsch**, Ingolstadt,  
**Wolfram Bundesmann**, Kröppelshagen,  
**Johannes Glötzner**, Gräfelting,  
**Peter Hornung**, Poxdorf,  
**Eberhard Irlinger**, Hemhofen,  
**Helmut W. Knyrim**, Regensburg,  
**Eugen Pfersich**, Erlangen,  
**Ernst-Ludwig Vogel**, Fürth,  
**Gerhard Widmann**, Markt Schwaben, und  
**Dr. Herbert H. Wiener**, Schweinfurt.

## Herzlichen Dank

sagen wir allen, die der Gewerkschaft seit vielen Jahren die Treue halten.

Im Juli und August gilt unser Dank ganz besonders

**Vroni Häring**, Kötzing,  
**Gerte Hubel**, Bodolz,  
**Gerlinde Lippmann-Sharma**, Nürnberg,  
**Gudrun Pauldrach**, Burgbernheim,  
**Manfred Arnold**, Regensburg,  
**Ernst Haas**, Nürnberg,  
**Christoph Helmes**, Krumbach,  
**Helmut Jung**, Oettingen, und  
**Albert J. Stephinger**, Miesbach, für **40 Jahre**

sowie **Christa Leonhardt**, Winkelhaid,  
**Rosa Pauels**, München,  
**Barbara Plank-Wöckener**, München,

**Gabi Reichhelm**, München,  
**Annette Schmidtpott**, Eichenau,  
**Rosemarie Wick**, Landshut,  
**Barbara Wolfsteiner-Drobny**, Schwabmünchen,  
**Rudolf Beck**, Gunzenhausen,  
**Georg Espenberger**, Eggenfelden,  
**Andreas Gassner-Kittel**, München,  
**Dr. Klaus-Dieter Gross**, Regensburg,  
**Armin Hertwich**, Herzogenaurach,  
**Robert Kammerlander**, München,  
**Günther Kuhn**, Erding,  
**Otmar Poguntke**, Regensburg,  
**Gerhard Schmidt**, Nürnberg,  
**Bruno Walser**, Fürth,  
**Robert Wingerter**, Regensburg,  
**Günther Wöhl**, Simbach, und  
**Werner Ziegler**, Aschaffenburg, für **35 Jahre**.

# Treffpunkt GEW ... Treffpunkt GEW ... Treffpunkt GEW ...

Diese Treffen finden regelmäßig statt, nicht jedoch in den Ferienzeiten. Die Übersicht wird ständig aktualisiert, entsprechende Hinweise bitte an die DDS-Redaktion: Karin Just, GEW Bayern, Schwanthalerstr. 64, 80336 München ☎ 0 89/51 00 91 02 • Fax: 0 89/5 38 94 87 • KJ@bayern.gew.de

**Ansbach** Termine/Informationen: [www.gew-ansbach.de](http://www.gew-ansbach.de)  
Kontakt: Günther Schmidt-Falck, ☎ 0 98 02/95 31 42

**Aschaffenburg/Miltenberg** Termine/Themen der Treffen siehe Aktionskalender auf [www.gew-aschaffenburg.de](http://www.gew-aschaffenburg.de)  
Kontakt: Reinhard Frankl, ☎ 0 60 95/99 50 49

**Augsburg** jeden 1. Schuldonnerstag im Monat offene Vorstandssitzung ab 19.30 Uhr im Augsburger GEW-Büro, Schaezlerstr. 13 1/2  
Kontakt: Ulli Bahr, ☎ 08 21/51 45 02 (GEW-Nummer mit AB)

**Bad Neustadt** Treffen nach Vereinbarung  
Kontakt: Wolfgang Büchner, ☎ 0 97 73/82 86

**Bad Tölz/Wolfratshausen** Offener Treff jeden 1. Donnerstag im Monat, 20.00 Uhr, Ratsstube Geretsried  
Kontakt: Andreas Wagner, ☎ 0 81 71/96 56 05

**Bamberg** Termine/Themen der Treffen siehe: [www.gew-oberfranken.de](http://www.gew-oberfranken.de)  
Kontakt: Ernst Wilhelm, ☎ 09 51/6 78 88

**Bayreuth** jeden 1. Mittwoch oder 1. Donnerstag im Monat oder nach Ferien, 20.00 Uhr Stammtisch u. Vorstands-Treff, Mann's Bräu, Friedrichstraße, Bayreuth  
Kontakt: Ernst Friedlein, ☎ 0 92 01/5 90, Roland Dörfler, ☎ 09 21/9 26 55

**Coburg** jeden 2. Mittwoch im Monat, 20.00 Uhr, Gaststätte Loreley, Herrngasse, Coburg  
Kontakt: Karl-Friedrich Schmucker, ☎ 0 95 61/79 92 13, [gew-coburg@web.de](mailto:gew-coburg@web.de)

**Donau-Ries/Dillingen** mittwochs nach Vereinbarung, 19.30 Uhr, wechselnd: DGB-Haus Nördlingen oder Posthotel Traube Donauwörth  
Kontakt: Hansjörg Schupp, ☎ 0 90 83/4 16, Fax: 0 90 83/9 10 78

**Erding** Stammtisch jeden dritten Mittwoch des Monats (außer Ferien) 19.30 Uhr im Bräustüberl Grünbach  
Kontakt: Peter Caspari ☎ 0 81 24/92 37, [peter.caspari@t-online.de](mailto:peter.caspari@t-online.de)

**Erlangen** jeden Dienstag Sprechstunde von 17.30 - 18.30 Uhr  
Arbeitslosenberatung: j.d. 1. + 3. Mittwoch im Monats, 17-19 Uhr, Friedrichstr. 7  
Kontakt: Hannes Henjes, ☎ 0 91 93/17 12, [www.gew-erlangen.de](http://www.gew-erlangen.de)

**Forchheim** jeden 2. Donnerstag im Monat, 19.30 Uhr, Meierhof, Bammersdorferstr. 1  
Kontakt: Markus Weinberger, ☎ 0 91 91/97 44 51

**Fürth** jeden Freitag 13.20 Uhr, Gaststätte BAR, Gustavstraße  
Kontakt: Gerhard Heydrich, ☎ 09 11/8 01 97 00

**Haßfurt** jeden 1. Mittwoch im Monat, 19.00 Uhr, Alte Schule  
Kontakt: Walter Richter, ☎ 0 95 23/76 89

**Ingolstadt** erweiterte Vorstandssitzung jeden 3. Donnerstag im Monat, ab 17.30 Uhr, Café/Bistro »Brezels«, Am Paradeplatz, Ingolstadt  
Kontakt: L. Peter Thierschmann, ☎ 08 41/98 06 39

**Kempten** jeden 1. Dienstag im Monat  
Kontakt: Doris Lauer, ☎ 08 31/2 79 10

**Lindau** Treffen nach Vereinbarung  
Kontakt: Irene Mathias, ☎ 0 83 82/2 83 09

**Main-Spessart** Treffen nach Vereinbarung  
Kontakt: Elfriede Jakob-Komianos ☎ 0 93 52/57 68 oder Wolfgang Tröster, ☎ 0 93 53/81 81

**Memmingen/Unterallgäu** jeden 1. Schuldonnerstag im Monat, 20.30 Uhr, Memminger Waldhorn, Waldhornstr. 11, Memmingen  
Kontakt: Stefan Kohl, ☎ 0 83 31/8 31 92 81, [gew-unterallgaeu@gmx.de](mailto:gew-unterallgaeu@gmx.de)

**Mittelfranken AK Gewerkschaftlicher Durchblick** jeden Dienstag, 21.00 Uhr  
Kontakt: Geschäftsstelle BV Mittelfranken, ☎ 09 11/6 58 90 10

**München AK Personalräte und Vertrauensleute** monatliche Treffen, Mittwoch 17.00 Uhr, DGB-Haus, Termine auf Anfrage  
Kontakt: Hacki Münder, ☎ 0 89/4 48 39 16 und Franz Stapfner, ☎ 0 89/5 80 53 29

**München Aktion Butterbrot** Treffen im DGB-Haus, Termine: [www.aktionbutterbrot.de](http://www.aktionbutterbrot.de)  
Kontakt: [aktion-butterbrot@web.de](mailto:aktion-butterbrot@web.de)

**München Arbeitsgemeinschaft Jugendliteratur und Medien (AJuM)** Treffen nach Vereinbarung  
Kontakt: [daniela.kern@ajum.de](mailto:daniela.kern@ajum.de), ☎ 01 70-5 43 04 55

**München Fachgruppe Berufliche Schulen** Termine auf Anfrage  
Kontakt: Joe Lammers, ☎ 0 89/3 08 82 43

**München Fachgruppe Grund- und Hauptschulen** Termine auf Anfrage  
Kontakt: Jürgen Pöbnecker, ☎ 0 89/66 80 91

**München Fachgruppe Gymnasien** Termine auf Anfrage  
Kontakt: Andreas Hofmann, ☎ 0 89/7 25 83 94

**München Fachgruppe Hochschule und Forschung** Termin: Jeden 3. Montag im Monat, 19.00 - 21.00 Uhr  
Kontakt: [sabine.herzig@bayern.gew.de](mailto:sabine.herzig@bayern.gew.de)

**München Fachgruppe Realschulen** Termine auf Anfrage  
Kontakt: Heidi und Alexander Lungmus, [fam.lungmus@t-online.de](mailto:fam.lungmus@t-online.de)

**München Fachgruppe Sonderpädagogische Berufe** Termine: [www.gew-muenchen.de](http://www.gew-muenchen.de)  
Kontakt: Stefan Teuber, ☎ 0 89/36 72 77

**München Fachgruppe Sozialpädagogische Berufe** jeden 1. Mittwoch im Monat, 19.00 Uhr, DGB-Haus  
Programm: [www.gew-muenchen.de](http://www.gew-muenchen.de)  
Kontakt: Bernd Englmann-Stegner, ☎ 0 89/49 68 81

**München GEW-Hochschulgruppe im AK Gewerkschaften** Offene Treffen jeden 1. und 3. Dienstag im Monat, 19.00 Uhr, AStA LMU,  
Kontakt: [gewerkschaften-kontakt@stuve.uni-muenchen.de](mailto:gewerkschaften-kontakt@stuve.uni-muenchen.de)

**München Lehramtskampagne an der Uni** Sprechstunde Dienstag 10.00 - 12.00 Uhr in der SIB um AStA der LMU, Leopoldstr. 15, 80802 München  
Kontakt: [gew-la@stuve.uni-muenchen.de](mailto:gew-la@stuve.uni-muenchen.de)

**Neumarkt/Oberpfalz** Mittwoch nach Vereinbarung, 19.30 Uhr, Plitvice  
Kontakt: Sigi Schindler, ☎ 0 91 85/10 91

**Neu-Ulm/Günzburg** Treffen: monatlich, Termin auf Anfrage  
Gasthaus Lepple, Vöhringen, oder Pizzeria Helfenstein, Ulm  
Kontakt: Ulrich Embacher, ☎ 0 73 07/2 33 96

**Nürnberg Fachgruppe Berufliche Schulen** Termine auf Anfrage  
Kontakt: Reinhard Bell, ☎ 09 11/3 18 74 56

**Nürnberg Fachgruppe Grund- und Hauptschulen** Termine und Infos unter [www.gew-nuernberg.de](http://www.gew-nuernberg.de)  
Kontakt: Werner Reichel, ☎ 09 11/30 14 91

**Nürnberg/Fürth FG Sonderpädagogische Berufe Mittelfranken** Termine und Infos unter: [www.gew-fachgruppe.de.vu](http://www.gew-fachgruppe.de.vu)  
Kontakt: Stephan Stadlbauer, ☎ 09 11/7 36 03 10

**Nürnberger Land** Termine auf Anfrage  
Kontakt: Hermann Hagel, ☎ 0 91 28/72 90 51

**Pfaffenhofen** jeden 2. Donnerstag im Monat, 20.00 Uhr, Griechisches Restaurant Afrodite in Niederscheyern  
Kontakt: Norbert Lang-Reck, ☎ 0 84 41/7 11 92

**Regensburg** jeden 2. Donnerstag im Monat, 20.30 Uhr, Fontana, Gesandtenstr. 18  
Kontakt: Peter Poth, ☎ 09 41/56 60 21

**Regensburg gemeinsame Studierendengruppe GEW/ver.di** alle zwei Wochen dienstags, genaue Termine unter: <http://shk.wie-studieren.de> oder <http://jugend-oberpfalz.verdi.de/studierende/studentengruppe>  
Kontakt: Jan Bundesmann, [jan.bundesmann@gmx.de](mailto:jan.bundesmann@gmx.de)

**Rosenheim/Kolbermoor** jeden 3. Donnerstag im Monat, 19.30 Uhr, Pizzeria Milano/Zum Mareis in Kolbermoor  
Kontakt: Andreas Salomon, ☎ 0 80 31/9 51 57, [www.gew-rosenheim.de](http://www.gew-rosenheim.de)

**Schweinfurt** jeden 2. Dienstag im Monat, 19.00 Uhr,  
Kontakt: Karl-Heinz Geuß, ☎ 0 97 21/18 69 36

**Selb** jeden 1. Schulmontag im Monat, 20.00 Uhr, Golden Inn, Bahnhofstraße  
Kontakt: Fred Leidenberger, ☎ 0 92 53/12 21

**Starnberg** jeden 1. Mittwoch im Monat, 19.30 Uhr, Herrsching, KommHer, Luitpoldstraße, alte Volksschule  
Kontakt: Werner Siegl, ☎ 0 81 52/35 06

**Sulzbach-Rosenberg** jeden 3. Mittwoch im Monat, 19.00 Uhr, Gaststätte Sperber  
Kontakt: Manfred Schwinger, ☎ 0 96 61/77 55

**Weiden** jeden 1. Schulmontag im Monat, 19.30 Uhr, Gaststätte Naber, Ackerstr. 20, [gew\\_wen-new-tir@gmx.de](mailto:gew_wen-new-tir@gmx.de)  
Kontakt: Richard Dütsch, ☎ 09 61/6 34 39 34

**Weißenburg (Mfr.)** jeden 1. Donnerstag im Monat, 19.00 Uhr, Casino  
Kontakt: Harald Dösel, ☎ 0 91 41/90 10 36

**Würzburg** jeden 2. Mittwoch (ab 1. Schulmittwoch nach Ferien), 20.00 Uhr, Altdeutsche Weinstube  
Kontakt: Walter Feineis, ☎ 09 31/4 03 91

[www.gew-bayern.de](http://www.gew-bayern.de) ... [www.gew-bayern.de](http://www.gew-bayern.de)